#### Wieder monaillich in Stadt und Land



Nr.6 März 1992 Bitte 1 DM

## Stasi und kein Ende? Stolpe und die anderen

Ein Gespräch mit der PDS-Landtagsabgeordneten Kerstin Benarsky

Tausende Cottbuser haben sich mit ihrer Unterschrift bereits gegen die maßlose Hetzkampagne ausgesprochen, mit der neben Ministerpräsidenten Stolpe auch zahllose andere Bürger als Stasi-Gehilfen defamiert und so gezwungen werden solle ihre DDR - Vergangenheit zu demontieren und sich selbst ins Abseits zurückzuziehen. Die Redaktion des "Herzblatt" sprach darüber mit der PDS-Landtagsabgeordneten Kersin Benarsky.

Kerstin, wie stehen Sie zur Berufung eines Untersuchungsausschusses im "Fall Stolpe" durch den Landtag?

Jeder Fraktion steht laut Geschäftsordnung das Recht zu, einen Untersuchungsausschuß zu beantragen. Die CDU machte davon Gebrauch. Übrigens führte unser Fraktionsvorsitzender Lothar Bisky zuvor lange Gespräche mit dem Vorstand der CDU-Fraktion, ob ein solcher Ausschuß notwendig ist und welche Verfahrensweise in Frage käme.

(Fortsetzung auf Seite 5)

## 90 Millionen DM Miese im Haushalt der Stadt

Doch für manche Vorhaben ist das Teuerste gerade gut genug

Den Entwurffüreinen Katastrophen-Haushalt 1992 behandelten die Stadtverordneten Ende Februar in 1. Lesung. Er hat noch ein Loch von 90 Millionen DM, darunter sind etwa 50 Millionen DM fehlende Personalkosten. Da kann man sich vorstellen, daß noch so manche Horterzieherin oder Kindergärtnerin wird gehen müssen... Ein Drittel von den 5600 Beschäftigten der Stadt arbeiten in der inneren Verwaltung, die werden ja nicht dran glauben müssen.

Angesichts des beträchtlichen Defizits guckten die PDS-Abgeordneten allerdings etwas genauer in den Haushaltsentwurf. Und entdeckten Stellen, an denen durchaus nicht gespart wurde... So hat jedes Dezernat seinen finanziellen Bedarf für Dienstreisen aufgelistet, insgesamt fast eine Million DM. Und die Projektierungsarbeiten für die durchaus notwendige Erneuerung der Berliner Straße wurde einer Saarbrücker Firma übertragen. Kostenpunkt: 3 Millionen DM. Ein hiesiges Unternehmen hätte für die Projektierung nur die halben Kosten gebraucht.

Ähnlich liegt der Fall bei der Datenverarbeitung: Die Stadt läßt das in Saarbrücken machen, obwohl das hiesige Zentrum kostengünstiger arbeiten würde.

An solchen Stellen muß gespart werden-nicht an den sozial enpfindlichen, meint die PDS-Fraktion.

### In dieser Ausgabe:

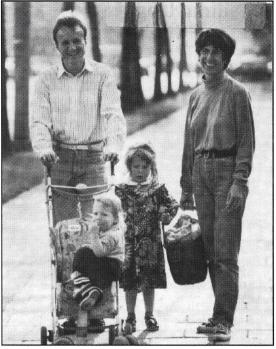
Was ein Stadtparlament von Demokratie hält (Seite 3)

Rentenbescheide unabänderlich? (Seite 7)

Mehr Sachlichkeit bei Straßennamen (Seite 8)

Wie Streiks abgewürgt werden sollen (Seite 9)

"Türken raus" jetzt wieder legitim? (Seite 12)



"Bei der Entscheidung, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, gibt es eine Vielzahl von gesetzlichen Hilfen" heißt es im "Ratgeber für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern" zu diesem Foto. Kindertagesstätten gehören dazu!

## Eltern, wehrt euch gegen Kita-Schließung!

Elf machen zu - nur der erste Schritt?

Das Stadtparlament hat es (gegen die Stimmen der PDS) bestätigt: 11 Kindertagesstätten machen bis Schuljahresende 92 zu. Viele Eltern und Erzieherinnen haben bereits dagegen protestiert. Sie wehren sich vor allem gegen die undemokratische Verfahrensweise, bei der weder gründlich mit den Erzieherinnen noch mit den Eltern beraten wurde. (Siehe auch Seite 3.)

Angesichts riesiger Finanzlöcher im Stadt-Haushalt befürchten sie, daß diese Schließungen nur ein erster Schritt sind und weitere folgen werden. Und dann wird es auch nicht bei den bereits vorgesehenen 141 Entlassungen bleiben ... Wie mann hört, wird schon jetzt Druck angewandt, um in Frage kommende Erzieherinnen in den Vorruhestand zu schicken. Deshalb: Wehret den Anfängen! Lassen Sie nicht zu, daß Kindergartenplätze eines Tages wie in den alten Bundesländern Luxus sind! Wenden Sie sich ans Jugendamt!



## **Meine Meinung**

## Nicht wie das Kaninchen vor der Schlange

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen!

Mit Freude empfinde ich die Möglichkeit. mich in diesem Blatt an Sie wenden zu können. Die Medien insgesamt stehen zwar der Publikation linken Gedankenguts nicht ganz verschlossen gegenüber, aber das "Herzblatt" bietet uns die Chance, unsere Politik und unsere Positionen in ganzer Breite darzustellen. Wir denken, daß so eine relativ umfassende Übersicht unseres Wirkens entsteht - ohne dieses Blatt wäre das nicht möglich. Aber ist es nicht unser Recht und unsere Pflicht, real, sachlich und für jeden ersichtlich unseren Anteil an der Bewältigung aller Probleme der Gegenwart darzustellen? Dabei wollen wir linke Politik besonders aus lokaler Sicht beleuchten, wollen Initiativen in der Stadt Cottbus undihrem Umland die notwendige Öffentlichkeit geben.

So gehört für mich ein linkes Blatt ganz einfach in das Spektrum der Presse in einem demokratischen Staat. Überzeugen Sie sich selbst vom Wert unserer Zeitung und bilden Sie sich Ihr Urteil.

Ich kann mich hier nur zu einer kleinen Auswahl von Problemen äußern. Was mir aber besonders am Herzen liegt: Als Neubürger dieser Bundesrepublik Deutschland sollten wir nicht alles kritiklos hinnehmen, was um uns herum geschieht. Gerade hat man uns dahin geführt, demokratisch zu denken und zu handeln - nehmen wir die Gesellschaft und diedarin Verantwortung Tragenden beim Wort! Und melden wir uns zu Wort, wenn wir meinen, daß dieses Prinzip ver-

#### von Erhard Rensch, Vorsitzender der PDS Cottbus



letzt wird. Sicher haben Sie bemerkt, daß es dazu wirklich Grund gibt. Also bleiben wir nicht erstarrt wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen - das nützt keinem.

Reden wir vor allem bei der Gestaltung unserer Länder ein Wörtchen mit. Identitäten aufzugeben hieße immer auch ein Stück Selbstaufgabe, dazu darf es nicht kommen.

Im Nachgang der Vereinigung hat sich ganz schnell gezeigt, daß sich in der Gesellschaft Randgruppen bilden und anwachsen. Auch wenn sie eine gewisse soziale Absicherung genießen - wie bald stehen sie doch vor der Ausweglosigkeit! Uns hier unterstützend einzubringen, ist eine dankbare Aufgabe, der sich viele bei uns z.B. bei der Hilfe für Ausländer und Asylbewerber oder durch Rentnerberatung schon gewidmet haben. Dank auch allen, die für Asylbewerberkinder Päckchen packten.

Im Alltag helfen und nicht alles hinnehmen, was uns die regierenden Parteien vorsetzen - wichtige Aspekte unserer linken Politik!



#### - Stich

Wenn sich Skatspieler zu Turnieren treffen, sind eigentlich politische Deklarationen unerwünscht. Nach den Altenburger Regeln ist Revolution (eine Skatvariante, die beim Bierskat vorkommt) verboten. Hin und wieder hört man allerdings den Ruf "alle Gewehre aufs Rathaus". Aber auch dabei meinen die Skater lediglich, daß es keinen Zweck hat, weiterzuspielen, da das Spiel für die je-

## **Kontra**

weilige (Skat)-Partei gewonnen ist. Kürzlich in einer Werbener Gaststätte war jedoch tatsächliche Politik beim Skatturnier mit im Spiel. Jemand ließ eine Unterschriftenliste kursieren, auf der gegen die Stasi-Beschuldigungen gegen Ministerpräsident Manfred Stolpe Protest erhoben wurde. Diesem Kontra schlossen sich die meisten Skatfreunde an.

#### W.H.

## Aus Basisgruppen

## **Eine politische Infamie**

Werter Herr Ministerpräsident Dr. Stolpe,

in großen Teilen der Bevölkerung mindestens unseres Landes Brandenburg schlagen gegenwärtig die Wogen der Empörung hoch, wie Sie, verehrter Herr Ministerpräsident und mit Ihnen unsere Landesregierung, von Medien und anderen Öffentlichkeitsvertretern angegriffen werden. Das hat auch unseren Protest hervorgerufen.

Wir nehmen Ihren mutigen Schritt, die Zusammenhänge zwischen der Staatsmacht der DDR und notwendiger Kirchenarbeit darzulegen, als einen ehrlichen Versuch, unsere Geschichte differenzierter zu betrachten. Damit ermutigen Sie sicher auch andere zur aufrichtigen Mitarbeit in diesem Aufarbeitungsprozeß.

Wir betrachten die gegen Sie inszenierte Kampagne als politische Infamie, deren Kern u.E. besonders darauf gerichtet ist, die Bemühungen um eine neue Landesverfassung möglicherweise als Modell für andere Bundesländer - zunichte zu machen.

Wir achten Ihren persönlichen Einsatz um das Wohl des Landes Brandenburg sehr hoch und wünschten uns, daß der Solidargedankeauch in der Arbeit der Landesregierung weiter um sich greift.

Wir, das sind eine Gruppe Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus aus Cottbus, bedanken uns für Ihr Engagement, wünsch

Ihnen in dieser auch für Sie schwierigen Phase weiterhin Kraft und Mut und die dazugehörige Gesundheit.

Mit Hochachtung

Im Namen dieser Gruppe:

Paul Bartöck

Dr. Werner Didzuhn Rosel Küttner

#### Spendeninitiative des Ortsverbandes Schmellwitz

## Reisebörse

#### Wer bietet private Ferienquartiere?

Durch eine Spendeninitiative der BO 90 - 92 soll die politische und organisatorische Arbeit im Kreisverband der PDS auch finanziell stärker unterstützt werden.

Die Nutzung und Bereitstellung privater Ferienquartiere soll allen Genossen und Sympathisanten einen preiswerten Urlaub im In- und Ausland ermöglichen. Ziel ist es Reisen nach dem Motto: "Von Genosse zu Genosse" in ganz Europa zu organisieren. Eine solche Aktivität ist aber nicht ohne die breite Mitarbeit aller Interessierten möglich. Wer also für diesen Zweck einen Bungalow oder Wohnwagen für die

Sommersaison zur Verfügung stellen möchte, melde sich im Kreisvorstand oder unter Tel. Nr. 82 13 84.

Die Nutzungsgebühren oder Provisionen werden abzüglich der auftretenden Kosten als Spende dem Kreisverband der PDS zur Verfügung gestellt.

Ein erstes Angebot sind Reisen in den Freizeitpark "Slopharen" in Holland für max. 6 Personen. Bei der einwöchigen Reise erfolgt die Unterbringung in Sommerhäusern, wobei die tägliche Nutzung des Vergnügungsparkes kostenfrei ist.

### **Hier ist viel Platz**

... für Beiträge über Aktivitäten aus euren Basisgruppen in Cottbus-Stadt und -Land, über Veranstaltungen, Initiativen, neue Ideen, Überlegungen und Einwände. Das Herzblatt wird ohne euere Mitarbeit nicht existieren könnendenkt daran! Erfahrungsaustausch wird uns helfen, daß

man in Stadt und Land wieder von uns redet und sich an uns wendet.

Schickt uns eure Beiträge für die April-Ausgabe bis zum 20. März, Adresse: Kreisvorstand der PDS, Breitscheidstraße 11, Kennwort: Herzblatt.

blatt Seite 3

# Wie ein Parlament seine eigene Satzung bricht

oder: KITA zum ersten, zum zweiten und zum...

Zwei Probleme möchte ich ansprechen, die aus Sicht der Fraktion PDS/LiLi der Stadtverordnetenversammlung immer wieder Verärgerung hervorrufen. Die Diskussion um die Konzeption der Entwicklung der Kindertagesstätten in der Stadt Cottbus 1991/92 in der Stadtverordnetenversammlung am 29.01. 1992 zeigte symptomatisch Mängel in der Arbeit einiger Fachorgane der Stadtverwaltung auf, mit denen sich die Parlamentarier herumschlagen müs-

im Kern ging es um die Schließung von 11 Einrichtungen, die bisher als Tagesstätten genutzt wurden. Von allen Seiten unbestritten ist, daß Notwendigkeiten zur Schließung bestehen. Gründe liegen in der demographischen Entwicklung, Arbeitslosigkeit, erhöhten Kosten, dreijährigem Mütterurlaub und natürlich in den begrenzten Finanzen der Kommune. Der Verfahrensweg ist es, der zur Kritik Anlaß gibt. Es ist seit August 1991 bekannt, daß die Kita-Strukturen in Cottbus geändert werden müssen. Seit diesem Zeitpunkt wurden freie Träger für Einrichtungen gesucht und werden auch gefunden. Belegungszahlen der Kita waren damals schon vorhanden, aber der Gedanke der Schließung wurde niemals laut geäußert. Die Eltern wurden nicht angehört, obwohl nach dem



In Kindertagesstätten gut behütete Kinder - Soll das eines Tages Luxus werden?

Bundesrecht das Mitspracherecht der Eltern zur Sicherung ihrer freien Wahl der Einrichtung gewährleistet sein soll, und die Leiterinnen der Einrichtungen sind entgegen anderslautenden Äußerungen der Stadtverwaltung erst vier Tage vor der Beschlußfassung in Kenntnis gesetzt worden.

Der eigentliche Streit kam aber erst in der Stadtverordnetenversammlung auf, da die Vorlage in der ersten Lesung durchgepeitscht und der Jugendhilfeausschuß der Stadtgleich gar nicht gehört wurde. Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung sieht jedoch im § 11 (2) prinzipiell zwei Lesungen vor. In der zweiten Lesung erfolgt die Stellungnahme des federführenden Aus-

Ich bestelle hiermit ein Jahresabonnement der

schusses. Das kann er sich nun ganz sparen! Und das ist keine Ausnahme. Immer und immer wieder gab es nur 1. Lesungen und Verabschiedungen sowie dringliche Tischvorlagen im Parlament. Da kann man den Eindruck gewinnen: Alles, was von der Stadtverwaltung eingereicht wird, ist goldrichtig, wichtig und dringlich, so daß eine Aussprache gar nicht nötig ist

Wollen wir in dieser BRD wirklich Demokratie, dann brauchen alle Beteiligten auch den Zeitraum, um sich entsprechend sachkundig zu machen. Und nachgeholt werden muß unbedingt das Gespräch mit Eltern und Erziehern.

Mit viel Optimismus

Roland Schöpe

#### Wenn Sie ständiger Leser unserer Zeitung werden wollen, erwerben Sie ein

#### **Jahresabonnement**

Mit 10 DM für 12 Zeitungen sind Sie dabei. Herzblatt erscheint jetzt jeweils am Monatsanfang. Sie erhalten das Blatt dann über unseren Zustelldienst. Schicken Sie nebenstehenden Abo-Auftrag an den Kreisvorstand der PDS Cottbus,
R.-Breitscheid-Straße 11,

7500 Cottbus

Name	Vorname
Str./Nr	PLZ/Ort
Den Abo-	Preis habe ich auf das KT 0034009402 der Sparkasse Cott- bus, BLZ 180 52782 überwiesen. zahle ich persönlich beim Kreisvorstand der
Ort	PDS, Breitscheid Straße 11 ein.
Da- tum	
Unterschi	ift

Zeitung -blatt ab Monat ......1992

#### Wir stellen zur Diskussion

## <u>Auto oder</u> Straßenbahn

In der letzten Stadtverordnetenversammlung des Jahres 1991 mußte das Stadtparlament "eine Kröte schlucken", nämlich über die Erhöhung der Tarife im öffentli-chen Personennahverkehr (ÖPNV) beschließen. Diese Erhöhung, der niemand gern zustimmte, und die von der Fraktion PDS/ LL auch abgelehnt wurde, zeigt die **Grenzen**, an die das Stadt-parlament fortwährend - und auch in diesem Falle - bei der Vertretung von Bürgerinteressen stößt. Erstaunlich ist es schon, daß es in den meisten Orten dieser Bundesrepublik billiger ist, einen Kilometer mit dem Auto zu fahren, als mit Bus oder Bahn. Überall sonst ist doch Massenabfertigung billiger als individuelle Bedienung!!

Deshalb hat die Fraktion PDS / LL

Deshalb hat die Fraktion PDS / LL in der Stadtverordnetenversammlung an 29.01.1992 einen <u>Offenen Brief</u> an den Bundestag und die Bundesregierung vorgelegt, in dem wir fordern:

--> verstärkte Finanzierung des ÖPNV aus Steuermitteln, speziell der Mineralölsteuer - bei gleichzeitiger Befreiung des ÖPNV von derselben.

-> Gleichzeitig verlangen wir eine stärkere Berücksichtigung des ÖPNV bei der Verkehrsplanung u.a. durch Vorrangpolitik für Bus und Bahn.

--> Die auffälligen Preisunterschiede zwischen Individualverkehr und ÖPNV sind wirtschaftlich und wissenschaftlich zu prüfen.

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Gleichzeitig werden die zuständigen Ausschüsse unserer Stadtverordneten prüfen, ob Einnahmen der Stadt aus Bußgeldern für Verkehrsdelikte, aus Parkgebühren und aus Ablösegebühren für nicht geschaffene Parkplätze dem ÖPNV zufließen und wesentlich nützen können und dürften.

Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir die gegenwärtige Verkehrsflut wieder auf ein erträgliches Maß bringen.

MR Dr. Dietrich Loeff

Fraktion PDS

Warum die Lausitzer Rundschau bisher diesen lebenswichtigen Antrag verschwieg, mag sie selbst verantworten. Wir geben ihn hier zur Kenntnis und fragen unsere

- -> Wie ist Ihre Meinung?
- -> Bus, Bahn oder Auto?
- -> Was soll der Staat favorisieren?

Parlamentarisches



#### blatt Seite 4



Bürgerfreundliche Verwaltung der Tausenden von GWC-Wohnungen in Cottbus -Hauptwunsch der Mieter. Aber bis dahin ist`s wohl noch weit...

### Unterließ man im Rathaus die Kontrolle?

#### GWC-Skandal wohl schwerlich ganz aufzuklären

Viel Krach gibt es seit Monaten um die GWC. Unangemessene Autokäufe, Veruntreuung von Geldern, unlautere Geschäftsmethoden wurden der GmbH in der Presse vorgeworfen. Und den Zorn der Leute verstärkt die offensichtliche Schlamperei, mit der in der Gebäudewirtschaft die Verwaltung von Wohnungen betrieben wird. Hunderte Wohnungen stehen leer, auf ganz normale Mietverträge, die nach einem Wohnungstausch abgeschlossen werden müssen, warten die Mieter monatelang. Da will man schon wissen: Was ist eigentlich los in der GWC? Ein parlamentarischer Arbeitsausschuß der Stadtverordnetenversammlung befaßt sich seit Oktober 1991 damit. Was er bisher erreichte, berichtet PDS-Stadtverordnete Annely Richter, Sprecher des parlamentarischen Ausschusses:

In bisher neun Sitzungen versuchte der Ausschuß, Licht in das Dunkel zu bringen. Angehört wurden Herr Krugmann von der Stadtverwaltung, Abt. Wohnungsverwaltung, der Geschäftsführer der GWC Herr Hoffmann, die ehemalige Dezernentin Frau Dr. Blume und andere. Die Anhörungen verstärkten den Eindruck, daß in einer Übergangsphase sozusagen ein rechtloser Raum bestand, daß die Kontrolle und Aufsichtspflicht des Rathauses gegenüber der GWC erst mit der GmbH-Bilduna einsetzte.

Eine jetzt stattfindende umfassende Wirtschaftsprüfung soll nun Klarheit über die Sorgfalt der Ge-

s ist kein Geheimnis, daß zahl-

reiche Unternehmen auch unse-

rer Stadt nicht die gesetzlich ge-

forderten 6 Prozent ihrer Arbeits-

plätze für Behinderte zur Verfü-

gung stellen. Wie man hört, betrifft

das sogar die Stadtverwaltung mit

ihren 5600 Beschäftigten. In sol-

chen Fällen fordert der Gesetzge-

ber beträchtliche Ausgleichszah-

lungen - in letzerem Falle reduzie-

ren sie das Stadtsäckel. Muß das

eigentlich sein? Und genügen über-

haupt die Anstrengungen, Behin-

derte nicht auszugrenzen, sondern

ihren Alltag erträglich zu machen?

Dafür interessierte sich dieser Tage

die PDS/LL-Fraktion der Stadt-

verordnetenversammlung. Und sie

schäftsführung bringen. Fest steht schon, daß nicht immer rechtskundig gehandelt wurde. Obwohl die GWC ein städtischer Betrieb ist, war der Ermessensspielraum des seit Anfang Januar 1990 amtierenden Betriebsdirektors praktisch unbegrenzt und unkontrolliert.

Die bisherigen Ergebnisse können nicht befriedigen. Ein Antrag an den OB zur Überprüfung der Verantwortung gegenüber der GWC durch die Stadt, konkret durch Herrn Krugmann und Frau Blume, mit der Aufforderung, gegebenenfalls arbeitsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen, ist praktisch nutzlos. Der OB antwortete, dieser

Punkt sei anhand der vorhandenen Unterlagen nicht nachvollziehbar....

Überprüft werden gegenwärtig noch das Verfahren bei der Auflösung der Fonds und die Verwendung der Mittel, die Rechtsrelevanz von Beratervertägen des Herrn Horn (CGG) für die GWC und des Herrn Hoffmann (GWC) für die Cottbuser Gebäudeerneuerungsgesellschaft, die DM-Eröffnungsbilanz und Schlußbilanz 1990 sowie die Art der Geschäftsführung.

Die bisherigen Einblicke erhärten den Eindruck, daß die GWC der Stadt Schaden zufügte, das Rathaus andererseits seiner Kontrollpflicht nicht gerecht wurde. Auch die Koalitionsparteien haben wohl nicht genug darauf gedrungen. Eine allgemeine Erkenntnis ist es, daß Abgeordnete, die in Aufsichtsräten von Unternehmen sitzen, ihrer Rechenschaftspflicht vor der Stadtverordnetenversammlung

## Worüber man in Cottbus redet...

#### Verkauf hinterm Rücken der Mieter

Daß in der Stadt die ersten GWC-Häuser verkauft werden sollen, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Nicht zufrieden geben will sich aber die PDS-Fraktion damit, daß die Mieter dabei kein Wörtchen mitzureden haben. Ja schlimmer noch: Drei Kaufanträge von Bewohnern der Dreifertstraße 8 sind vom Rathaus regelrecht unterdrückt worden. Da fragt man sich doch: Wird hier nur nach dem dicken (Wessi-Geldbeutel entschieden?

## Marktwirtschaft ins Wasser gefallen?

"Wir können doch nicht die Marktwirtschaft schon wieder außer Kraft setzen", soll einer im zu- ständigen Ausschuß gestöhnt haben, als die Frage stand :Der Badesee Sachsendorf - bleibt er • städtisch oder wird er privat? Gottseidank war dann die Nähe des Trinkwasserschutzbereiches ausschlaggebend, daß die Stadt ihren Einfluß nicht aufgeben möchte. Und so bleiben wir zunächst von den Segnungen eines privaten Badesees verschont. Wohin das führt, kann man ia an der "Helene" bei Frankfurt / Oder sehen. Dort zieht de Investor die Preis-Daumenschrauben für die Erholungssuchenden ins Maßlose an...

konnte feststellen, daß es immerhin Aktivitäten gibt, die nicht jede Stadt aufzuweisen hat. Beträchtlichen Anteil daran hat wohl Herr Bobkiewicz, Behinderten-Beauftragter beim Oberbürgermeister, der über eine Reihe von Aktivitä-

Herr Bobkiewicz und seine Mitarbeiterinnen wollen vor allem ein Auge darauf haben, daß in Dezernaten bei entsprechenden Vorhaben auch an Behinderte gedacht wird. Das betrifft z.B. behindertengerechtes Wohnen, Verkehrsanla-

künftig besser genügen müssen,

damit die parlamentarische Kon-

trolle wirkungsvoller wird.

## Ein 💮

## für Behinderte

ten informieren konnte. So wurde ein Behinderten-Beirat gebildet - Vergleichbares gibt es nur in Finsterwalde und Frankfurt/Oder im Lande Brandenburg -, der allerdings noch nicht seine Höchstform erreicht hat.

gen, den Zugang zu öffentlichen Gebäuden. Beispielgebend sei da die Sparkasse in Cottbus.

Ein zentrales Thema sind Werkstätten für Behinderte. Bis auf eine gute Einrichtung in der Ewald-Haase-Straße mit 60 Plätzen sind die Bedingungen in Cottbus

schlecht, die vorhandenen Räume in Heimen unzureichend. Deshalb setzt sich der Beauftragte intensiv für einen Neubau im Bereich der ehemaligen Paul-Hornick-Kaserne ein, als freier Träger könnte der Lebenshilfe-Verein fungieren, und die erforderlichen Investitionsmittel müßten dann vom Land kommen. Notwendig ist auch der Bau einer Behindertenschule, darüber ist man mit dem Bildungsministerium im Gespräch.

Stadtverordneter Dr. Loeff dankte für die gute Zusammenarbeit mit den Dezernaten, die sich, so hob Herr Bobkiewicz hervor, auch mit allen Parteien in Cottbus ähnlich gut gestalte. Das sähe nicht in allen Kommunen so aus... Geka

## **WER IST WER**

## in der Cottbuser Geschäftswelt?

Das Werbebild von Straßen. Betrieben, Wänden und Kaufhallen prägen Namen, die im Westen längst bekannt, aber dort wie im Osten Deutschlands nicht immer deutbar sind. Wer steckt dahinter? Herzblatt will Licht hinter die Werbefassade bringen.

#### KAISER'S...

so strahlt es von mehreren Cottbuser Kaufhallen, die vordem der Handelsorganisation gehörten. faiser's mit dem Emblem der Kaffeekanne war ehemals tatsächlich nur ein Kaffeegeschäft. Vor einigen Jahren kaufte dieses Handelsunternehmen Karl Erivan Haub. Haub gilt unumstritten als der derzeit Reichste unter den Superreichen in Deutschland. Die deutsch-sprachige Ausgabe des amerikanischen Wirtschaftsmagazins "Forbes" krönte ihn im Sommer 1990 bei einem geschätzen

Nr. 1 unter den Geldgiganten der BRD, und die genannte Summe dürfte im florierenden Geschäft mit den Käufern in den neuen Bundesländern weiter gewachsen sein.

Haub erbte 1969 das Lebens- und Genußmittel- Imperium der Familie Schmitz-Scholl, die bereits vor 1914 zu den Goldmark-Millionären zählte. Grundlage war die im Jahre 1867 in Mülheim/Ruhr gegründete Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik, die u.a. mit der Billig-Schokolade Marke "Wissoll" im Ruhrgebiet ihre ersten Gewinne machte

Zum Familienunternehmen gehört die nach dem 1.Weltkrieg geschaffene Einzelhandelskette im Genuß- und Lebensmittelhandel TENGELMANN. Den 2. Weltkrieg und die Nachkriegsjahre überstanden die "Wissoll"-Erbin Elisabeth Schmitz-Scholl und ihr Ehemann Erivan Haub glänzend, dank vieler gehorteter Mangelwaren in ihren geräumigen Lagern. Aber erst Sohn Karl Erivan

atemberaubendem Tempo zu einem weltweiten Konzern. Außer Kaiser`s Kaffeegeschäften kaufte er auch die übernahm in Amerika auf Platz im internationalen Umsatzvergleich

(Quelle: Bernt Engelmann: Deutschland-Report, Steidl Verlag Göttingen,

österreichische Handelskette LÖWA, eröffnete kurz hintereinander zahlreiche PLUS-Discount-Läden und kontinentweit operierende Kette "THE GREAT ATLANTIC & PACIFIC TEA COMPANY", deren Produkte in den Cottbuser KAISER'S und PLUS-Kaufläden unter dem Kürzel A&P, übersetzt als attraktiv und preiswert, zu finden sind. Auch in englische Handelsketten hat sich Haub eingekauft, Unter den 10 Groß-und Finzelhandelsgiganten der Welt rangiert TENGELMANN / KAISER`S / A&P

#### Vermögen von 8,9 Milliarden DM zur Haub machte das Unternehmen in Stolpe und die anderen

(Fortsetzung vin Seite 1)

Herzblatt : Nun hat sich der Stolpe-Untersuchungsausschuß <u>des Landtages am 27. Februar</u> konstituiert.

Kerstin Bednarsky:

Ja, die Abgeordneten haben beraten, welche Kriterien sie anwenden wollen und in welchem eitabschnitt die Untersuchung √onstatten gehen soll.

Mein Standpunkt ist, daß es in der gegenwärtigen Diskussion um Manfred Stolpe nur darum gehen kann, eine kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu befördern. Sie muß darauf gerichtet sein, die Bürger zu einer ehrlichen, von neuem Anpassungszwang freien Haltung zu ihrer eigenen Geschichte zu ermuntern. Mit Respekt nehmen wir zur Kenntnis, daß sich Manfred Stolpe zu seinem Wirken in der DDR und auch zu seinen Fehlern aus heutiger Sicht bekennt. Darin unterscheidet er sich wesentlich von den Verdrängungsübungen mancher Politiker, die sich nachträglich als Widerstandshelden gebärden.

<u>Sie lehnen also das von einigen</u> Medien veranlaßte Kesseltreiben ab?

Ich stehe zu der Erklärung unserer Fraktion, daß wir die Me-

thoden ablehnen, mit denen einige Leute, vorwiegend solche. die der DDR-Wirklichkeit nie ausgesetzt waren, über Menschen wie Stolpe urteilen. Uns soll eine Stasi-Diskussion ohne Sachlichkeit aufgezwungen werden,und dabei wollen sie auch gleich Brandenburg "entossifizieren".

Was heißt das?

Die Leute, die heute Einzelpersönlichkeiten diffamieren, wollen letztendlich eine flächendekkende Entmündigung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern. Die Bürger sollen kuschen, und nicht nur die Linke soll totgemacht werden, sondern alles, was an die DDR erinnert, und in diesem Zuge muß natürlich auch Stolpe weg, meinen sie.

Wie bewertet es die Fraktion PDS / LL, daß Bisky der Vorsitz des Ausschusses übertragen wurde?

Er wurde mit Zweidrittel - Mehrheit gewählt. Das setzt auch Zeichen für die Toleranz im Brandenburger Landtag. Anderswo geht's da wesentlich herber zu. Übrigens, Lothar Bisky hat, solange er dem Ausschuß vorsteht, den Vorsitz der PDS im Land niedergelegt. Wenn das keine demokratische Entscheidung ist.



Kerstin Bednarsky bei der Bürgerberatung Herr Fink, der Vorsitzende der CDU im Land Brandenburg, forderte im Zusammenhang mit den Stolpe-Anwürfen, das Land müsse endlich wieder eine <u>"handlungsfähige" Regierung</u> erhalten und Stolpe solle zurücktreten...

Worauf das zielt, kann sich jeder, der das Machtgerangel kennt, denken. Die ČDU (ich meine damit nicht die Fraktion im Landtag) möchte natürlich ihre Position für eine Regierungsübernahme festigen.

Die gegenwärtige Regierung des Landes Brandenburg ist nach meiner Meinung jedenfalls handlungsfähig und wird es bleiben, so lange es auch eine Oppositionspartei wie die PDS/LL im Landtag gibt.

wenn heute einem Mann wie Stolpe vorgeworfen wird, er habe in der Vergangenheit die Politik der SED unterstüz t-vielleicht auch durch Kontakte zur Stasi -, so wird damit willentlich und bewußt schon die bloße Frage unterbunden, ob es nicht gute politische und sogar christliche Gründe gab, diese Politik qualifiziert zu unterstüzen, und sei es auch nur, weil keine andere Alternative realisierbar schien.

Hans-Jochen Vogel, Studentenpfarrer in Chemnitz

Sprecht nicht von Rache. nicht Geschehnes rächen, / Gedrohtem Übel wollen wir begegnen.

Friedrich Schiller "Wilhelm Tell" (1804)

Der Bonner Staat, der mit Staatssekretär Globke und Hitlers General Gehlen antrat, war so voller Nazis, daß schon allein deshalb jeder gerechtfertigt ist, der dem Irrtum anheimfiel, der sowietische Kommunismus biete die Chance eines besseren Deutschland.

> Gerhard Zwerenz, Publizist, Schmitten (Taunus)

Deutsch sein heißt heute reich sein und sich alles leisten können - die zehn Millionen Armen allein in der Alt-BRD mal ausgeklammert.

Bernt Engelmann, Schriftsteller, "Deutschland-Report" 1991

Das Gebilde DDR hat wieder null und nichtig und das von Anfang an zu sein. Ganz vergessen, daß da einmal mit ihr ein Grundlagenvertrag abgeschlossen wurde?

Kanzler Kohl, der heute Honecker jagt, ließ den Staatsratsvorsitzenden 1987 an einem Ehrenbataillon der Bundeswehr vorbeischreiten. ohne die Chance zu nutzen. den Mann dingfest zu machen. Was wäre da nach den eigenen Maßstäben aufzuarbeiten?

> Werner Liersch, Schriftsteller, Berlin

## Ein Remscheider auf dem **Friedenspfad**

Vielleicht ist ihm dieser oder jener im Februar in Cottbus begegnet. Rainer Hoffmann ist 38-jährig, fällt durch seinen wallenden schwarzen Bart auf und - wenn man sich mit ihm unterhält - durch seine Hartnäckigkeit, mit der er sich seiner Sache verschrieben hat. Vor einem Monat, am 17. Februar. wäre er zehn Jahre verheiratet gewesen.

Aber seine Familie, sein Frau, sein Kind leben nicht mehr. Die tragische Geschichte der Familie Hoffmann trug sich am 8. Dezember 1988 in ihrem Wohnort Remscheid in Westfalen zu. Rainer hatte die Wohnung in der Stockder Straße verlassen, um einen Freund zu besuchen. Auf dem Rückweg hörte er einen Knall. Als er in seine Straße einbog, sah er zertrümmerte Häuser. Flammen und erfuhr. daß Frau und Kind zu den sechs Todesopfern zählten. Ein Tiefflieger der US-Air Force war in die Wohnhäuser gestürzt.

Was er empfand in jenem Augenblick? - Trauer und Haß zugleich. Haß auf jene, die bis zum heutigen Tag bereit sind, für militärische Übungen, wie Tiefflüge, die gerade in unserer Zeit immer unsinniger erscheinen, Menschenleben aufs Spiel zu setzen, Nachdem Bainer Hoffmann den Schockzustand einigermaßen überwunden hatte, trieb ihn dieser Haß auf den Weg, den er seit Mitte Dezember 1988 bis heute verfolgt, kreuz und guer durch Deutschland, überall sammelt er Unterschriften gegen jene Tiefflüge. Er geht in Diskotheken und Ämter, spricht Leute auf der Straße an und wartet geduldig in den Vorzimmern Prominenter. Unter den insgesamt jetzt 440 000 Unterschriften sind die Namenszüge von Gregor Gysi und Hans

Daß besser Nachdenken am Platze wäre, zeigt sich selbst in diesem Beitrag. Dr. Bialas erUeckt den Anschein, als wäre die unterbringung von Asvlanten in Cottbus vor allem eine finanzielle Rechenaufgabe und nicht in erster Linie ein zutiefst humanistisches Anliegen, wie es beispielsweise die neue Sozialdezernentin im Rathaus Dr. Helga Scharkoff sieht. Außerdem entsteht beim

sprecherin PDS/LL Annely Richter es bedurfte schon Sensibilitätskünstlers, um stärkerer kritische Aspekte herauszuhören die bei anderen viel deutlicher und schärfer waren. Ein solcher Künstler ist anscheinend CDU-Fraktionsvorsitzender Klaus-Peter Schupp. Zum PDS-Beitrag meinte er vermerken zu müssen, daß Miseren auch

Haushaltentwurf durch die Fraktions-

Wem fehlt es an Demokratieverständnis?

Leser des Artikels von Dr. Bialas der Eindruck als hätte die Stadtverwaltung lediglich die Beschlüsse der Abgeordneten umzusetzen, das Gespräch mit der Bevölkerung müsten jene jedoch selbst führen. Sollte das nicht vielmehr ein gemeinsames Anliegen sein?

Um beim Demokratieverständnis zu bleiben. Bei der Stellungnahme zum

hätten. Dr. Schupp und andere müßten jedoch bestens in Erinnerung haben, daß derartige Vorwürfe keinesfalls nur PDS-Mitglieder betreffen, sondern auch unter anderen die ehemaligen treuen Blockfreunde. Von Demokratieverständnis zeugt mauch nicht der nicht gelu ngene

veranstalten, alles mit dem Ziel, jene unseligen Tiefflüge, die inzwischen auch die Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern beunruhigen, aus der Welt zu schaffen

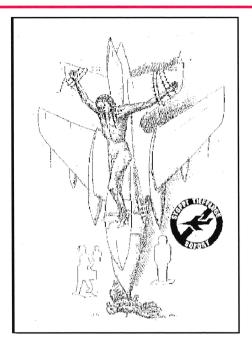
Überall berichteten Lokalzeitungen über seinen Weg. Er wurde von DT 64 interviewt, hat aber auch unangenehme Begegnungen. In Cottbus wurde er von Neonazis zusammengeschlagen, bereits das fünfte Mal, seit er in Ostdeutschland unterwegs ist. Er hat schon manches erreicht, z.B. daß alle Fraktionen des Kreistages Strasburg in Mecklenburg-Vorpommern einen gemeinsamen Protest gegen die Ausdehnung der Tiefflüge auf die ostdeutschen Länder beschlossen. Die PDS/II-Fraktionen in Cottbus und im Brandenburger Landtag unterstützen seine Aktionen. Wenn er mit anderen ins Gespräch kommt, zeigt er ihnen fast beschwörend eine vollständige Statistik der Abstürze von Militärflugzeugen in den alten Bundesländern mit Datum, Ort und Zahl der Opfer. Allein im Jahre 1988 waren es 46. Darunter Eintragungen wie:

31. März 1988, Forst (Landkreis Karlsruhe) stürzt eine F16 der US Air Force in ein Wohngebiet, Pilot und ein Rentner tot, mehrere Häuser zerstört. Am 9. Juni 1988, Hittistetten (Landkreis Neu Ulm), ein US Hubschrauber streift eine Stromleitung und stürzt 60 Meter neben der Autobahn ab. Drei Soldaten kommen ums Leben.

Immer wieder wird Rainer Hoffmann Menschen, denen er auf seinem Weg begegnet, diese Listen zeigen, in die auch die Katastrophe vom 28. August 1988 in Remscheid bei Kaiserslautern eingetragen ist, als drei italienische Kunstflugmaschinen in die Zuschauer einer Flugschau rasten und drei tote Piloten, 67 tote Zuschauer und viele Verlette hinterließen. Immer und überall wird er zahllose Gleichgesinnte treffen, die sich seinem Appell anschlie-Ben: Schluß mit den verhängnisvollen Kriegsspielen!

WН

Aus den Reihen der CDU kommen oft gereizte Stimmen. So versuchte Dr. Wolfgang Bialas, Sicherheitsdezernent in der Cottbuser Stadtverwaltung, am 13. Februar 1992 gleich mit einem Aufwasch Kritiken sowohl aus der Fraktion "Bündnis für Cottbus" als auch der Fraktion PDS/LL abzuwehren. "Ein seltsames Verständnis von Demokratie " warf er den einen wie auch den anderen in der Lausitzer Rundschau vor. Ist es tatsächlich undemokratisch, vom Bündnis-Sprecher Markus Derling auch wieder in der jüngsten Stadtverordnetentagung bemängelt, daß einerseits in allen Fraktionen übereinstimmung herrscht, daß die Zahl der Stadtbediensteten noch zu groß ist und keine klare Personalkonzeption vorliegt, andererseits die Personalzahlen und damit die Kosten immer mehr anwachsen? Oder verstößt es gegen demokratische Spielregeln, wenn die PDS-Abgeordnetete Karin Kühl die unzureichende Öffentlichkeitsarbeit Stadtverwaltung bei der Problematik Asylbewerber bemängelt?



Modrow, von Eva-Maria und Nina Hagen, von Rektor Finke und Rainer Eppelmann, von Marita Koch, Bärbel Boley.

Nach Cottbus kam der Remscheider, weil er gehört hatte, daß auch hier in früheren Jahren Abstürze von Militärmaschinen Todesopfer verursacht hatten. Zu den etwa 1000 Cottbuser Unterschriften, die er im Februar sammelte, gehören die von Rosi Ackermann und Lutz Heßlich sowie von Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt. Er geht in Schulen und Kindergärten, nimmt Zeichnungen mit, die 500 Kinder zu seinem Thema malten. Bis zu den Ostermärschen will er 500 000 Unterschriften zusammen haben, später dem Bundestag und internationalen Gremien zuleiten, Ausstellungen

> im Stadthaushalt 1992 ihre Ursachen in der 40 jährigen DDR-Mißwirtschaft

Versuch, den Haushaltentwurf ohne 2. Lesung zum Beschluß zu bringen. Für die Stadtverordneten al Fraktionen eine Zumutung!

Kann Dr. Bialas, dem man in seinem Engagement für die Belange der Stadt durchaus größten Respekt zollen kann, nachfühlen, daß auch der Auftritt seines Parteifreundes Gabriel Zinke nicht gerade demokratisch und im Wählersinne wirkte? Der focht mit heftigen Worten für die Rechte einer Cottbuser Handwerker-Familie und warf der Stadtverwaltung Ungerechtigkeit vor. Allerdings war nicht von ihm, sondern vom Finanzdezernentin zu hören, daß Herr Zinke dabei lediglich die Interessen seiner eigenen Familie im Auge hatte. Statt öffentliche Kritik abzuwehren - hätte Dr. Bialas nicht klüger daran getan, sowohl in den Darlegungen von Markus Derling als auch von Karin Kühl Bemühungen um ein gemeinsames Anliegen zu entdecken.

Woher



Noch einmal zu den Querelen um Straßenschilder

# Auf gute Namen lassen wir nichts kommen!

Aus Berlin ist in einem Zeitungsbericht unter der Überschrift "Liebknechts Name bleibt" zu vernehmen:

"Der Vorschlag der CDU, 14 Straßen, darunter solche mit Namen von linken Politikern oder Widerstandskämpfern, im Ostteil der Stadt umzubenennen, hat kaum Aussicht auf Erfolg. Der senat verzichtete gestern darauf, dazu eine eigene Gesetzesinitiative zu starten.

Bereits nach kurzer Diskussion sei der CDU klargeworden, daß sie mit der `fahrlässigen, willkürlich zusammengestellten Liste' nicht durchkomme, sagte ein Teilnehmer der Senatssitzung. Nun muß die CDU im Parlament sehen, ob sie eine Mehrheit für ein eigenes Staßenumbennenungsgesetz bekommt. Die SPD hat bereits abgewinkt: 'Das ist ein geschichtsloser Rundumschlag gegen alles, was irgendwie politisch links ist. Dafür ist die SPD nicht zu haben."

(Berliner Zeitung vom 12. Februar 1992) Einmal davon abgesehen, daß in dem Bericht ignoriert wird, welchen Anteil die PDS an der Versachlichung einer bisher künstlich angeheizten Diskussion hat - die Quintessenz stimmt zuversichtlich. Auch in Cottbus könnte es nämlich so kommen wie in Berlin. Diejenigen, die eine Radikallösung anstrebten, sind in die Minderheit geraten. Augenmaß beginnt sich durchzusetzen.

Darüber informierte bei einem gut besuchten Frühschoppen der PDS der Stadtverordnete Peter Wittkowsky (PDS/Linke Liste). Er arbeitet mit im Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung, der sich mit den ans tehen den Straßenumbenennungen zu befassen hat.

Wohlgemerkt: Gegen das Auswechseln überholter Straßenschilder kann nun wirklich keiner etwas haben. Die PDS sieht für sich allen Grund, kritisch mit der eigenen Vergangenheit umzugehen. Zu dieser gehört der unselige Alleinvertretungs-

anspruch der SED, der sich auch in einer undemokratisch vollführten Überflutung der Öffentlichkeit mit Ideologie- und Macht symbolik äußerte. Aus Fehlern und Vergehen einer zurückliegenden Epoche wollen wir lernen. Solches erwarten wir allerdings ebenfalls von früheren Mitgängern. Diese üben sich nun in der Verdrängung ihrer eigenen Vergangenheit. Sie wollen diese auch von Straßenschildern entfernen, damit nicht auf einen Augenblick eine Erinnerung an den Anteil einstiger Blockparteien an der DDR- Geschichte aufkomme. Dies geschieht mit einer Radikalität, die eben an jene gemahnt, die sich nicht wiederholen darf.

Die erwähnte Veranstaltung mit dem PDS-Abgeordneten und dem mit seinen profunden Kentnissen hilfreichen Historiker Prof. Dr. Otto Rückert erwies sich durchaus als ein demokratisches Forum der Vergangenheitsaufarbeitung. Auch machte es einiges von dem wett, was bisher in der öffentlichen

Diskussion zu kurz kam. Alle demokratischen Parteien sollten zu derartigen Aussprachen einladen. Das könnte nur nützlich sein.

Die Konstruktivität der PDS-Veranstaltung zeigte sich unter anderem darin, daß Vorschläge kamen, auch Antifaschisten aus den Reihen der Sozialdemokratie und der jüdischen Opfer des Faschismus bei neuer Namensfindung zu berücksichtigen. Eine deutliche Selbsteinkehr nach zurückliegender fataler Engstirnigkeit im Umgang mit anderen, die nicht weniger als Kommunisten gegen die Nazis standen.

52 Besucher des Frühschoppens, Mitglieder und Sympathisanten der PDS, unterschrieben einen Brief an den Cottbuser Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt (CDU), in dem Sie eingedenk eigener Erkenntisse ein von ihnen hier und heute beobachtetes übermäßiges Streben nach Vergangenheitsverdrängung kritisierten. Es könne nicht angehen, so bringen die Unterzeichner zum Ausdruck, im gleichen Zuge völlig undifferenziert auch noch Namen progressiver Persönlichkeiten der deutschen Geschichte wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Marx zu tilgen oder gar sorbische Namen zu "germanisieren". Nun hat das wegen seiner politischen Umsicht geachtete Stadtoberhaupt das Wort.

M.H.

## Wollen wir eigentlich den Kaiser Wilhelm wieder?

Es ist gewiß der Cottbuser Stadtverwaltung und den gewählten Stadtverordneten hoch anzurechnen, daß in Cottbus keine überhastete und chaotische Umbenennung von Straßen und Plätzen erfolgte, wie es auch in Orten der näheren Umgebung zu beobachten war, wo beispielsweise sogar Goethe-Plätze "gewendet" wurden. Von einigen wenigen Veränderungen abgesehen, wird in Cottbus sorgfältig geprüft und wohl auch überlegt, was zu tun ist. Viele Wortmeldungen gab es,und mancher sollte seinen eigenen Vorschlag auch noch einmal kritisch überprüfen. Manchmal haben die alten Namen ihre Tücken. Da gab es beispielsweise Meinungen, den Thälmann-Platz wieder so zu nennen, wie dieses zentrale Terrain vor Jahrzehnten den alten Cottbusern bekannt war - Kaiser-Wilhelm-Platz.

Wer sich aufmerksam die Ausstellung "100 Jahre deutscher Rassismus" angesehen hatte, die im Januar auf den Fluren der Stadtverwaltung gezeigt wurde, stieß auch auf das folgende einschlägige Zitat: "Die Juden sind die Parasiten meines Reiches... In meinem Lande gibt es viel zu viele von ihnen. Sie sollten ausgemerzt werden." Die Realisierung dieser Forderung hatten dann zwar bekanntlich andere übernommen, aber in dieser Form hatte sie bereits 1907 - also lange vor Hitler und Himmler - der deutsche Kaiser Wilhelm II. erhoben. Nein, da sollte man doch, entgegen jenem Lied, den alten Kaiser Wilhelm dort lassen, wo er ist, in der Versenkung der Geschichte. Auch wenn es nur um den Namen eines zentralen Platzes geht.



### Ein Blick ins Sächsische

Diesen Platz gibt es in Hoyerswerda schon lange nicht mehr. Als Relikt der Vergangenheit wurde der 7. Oktober getilgt aus dem Gedächtnis der Bürger. Aber auch zahlreiche andere Straßennamen sucht man vergebens, so die Thälmannstraße, den Platz des Friedens und die Straße der Solidarität. Alte Hoyerswerdaer finden sich auf dem neuen Stadtplan kaum noch zurecht. Daß in Cottbus mit mehr Sorgfalt nur das unbedingt Nötige getan wird, hoffen viele Einwohner. (foto Archiv)

## Den Rentenbescheid einfach hinnehmen?

In den westlichen Bundesländern bestreiten nur 58 von 100 Rentnern ihren Unterhalt allein durch die Rente. Die anderen konnten sich im Laufe ihres Arbeitslebens zusätzliche Einnahmequellen schaffen. In den neuen Bundesländern allerdings leben 95 von 100 von der Rente, und die beträgt, das ist auch durch das neue Rentenüberleitungsgesetz nicht aus der Welt zu schaffen, gegenwärtig nur 56 Prozent der Westrenten. Aber: Muß man deshalb alles hinnehmen, was im neuen Rentenbescheid steht? Mit solchen und ähnlichen Fragen beschäftigte sich kürzlich eine Einwohnerversammlung in Sandow, zu der die PDS eingeladen hatte und auf der auch Rechtsanwalt Dr. Keil und Bernhard Schröter ihre Meinung sagten.

#### haft gefragt

#### Hat es noch Zweck, gegen den Rentenbescheid Einspruch zu erheben?

Ja, auf alle Fälle, wenn der Bescheid ungerechtfertigt erscheint. Auf dem Rentenbescheid wird eine Vierwochenfrist genannt. Ist sie verstrichen, kann man zwar nicht mehr dessen Rechtskräftigkeit anfechten, aber man kann noch Jahre danach die Abänderung des Bescheides verlangen. Häufig wird in den Rentenbescheiden gegen den garantierten Bestandschutz verstoßen, z.B. bei Invalidenrentnern. Ein Widerspruch in diesem Falle wird vom Rentenversicherungsträger zwar häufig abgelehnt, aber gegen diese Ablehnung kann man dann beim Sozialgericht Einspruch erheben. Allerdings kann das dauern; noch länger natürlich, wenn man wegen Verstößen gegen das Grundgesetz beim Bundesverfassungsgericht Klage erhebt.

#### In den Rentenbescheiden findet man 2 Berechnungen, die der Ostund die der West-Rente. Wie hängt das zusammen?

Das irritiert sehr, und man muß auch genau hinsehen. Ist bei einem Rentner die Westrente niedriger angesetzt als die Ostrente, erhält er letztere bis 1996. Was aber dann? Deshalb muß man schon jetzt prüfen, ob die West-Berechnung anfechtbar ist, und wenn ja, muß man das tun. Sonst kommt das dicke Ende 1996.

#### Aber es gibt doch diesen sogenannten Auffüllbetrag...

Gewiß, aber der hat seine Tücken. Betrug meine frühere Rente beispielsweise 1000 DM und meine jetzige 800, bekomme ich vieleicht einen Auffüllbetrag von 250 DM. Bei künftigen Rentenanpassungen aber werden nur die 800 DM zugrunde gelegt, und ab 1996 wird der Auffüllbetrag überhaupt abgebaut.

#### Ich gehe dieses Jahr in Rente und habe gehört, daß ich nun für jeden Monat nachweisen muß, was ich verdient habe.

Ja, das ist leider notwendig. Werdas allerdings nicht kann, der muß eine eidesstattliche Erklärung abgeben, bekommtdannaberwenigerEntgeltpunkte angerechnet.In solchen Fällen muß man immer einschätzen, ob man wesentlich über das in den Tabellen festgelegte schnittseinkommenkäme, dannsind solcheNachweiseimmerangebracht. Wer allerdings beträchtlich mehr verdient hat, der wird bestraft. Denn der wird dann rigoros als "staatsnah" eingeordnet, erhält nur die Durchschnittsrenteundistwiederder Dumme. Rentenrecht als Strafrecht aber ist unmöglich, deshalb sind massenweise Proteste gegen diese Praxis wirklich angebracht.

#### Ist es wahr, daß Ausbildungszeiten nicht als Rentenversicherungszeiten angerechnet werden?

So ganz undiffenziert kann man das nicht sagen. In den westlichen Bundesländern werden je nach Berufszweig manche Ausbildungen anerkannt, manche nicht. Im Osten wird die Lehrausbildung zunächst noch angerechnet. Wer allerdings Abiturausbildung und Studium hat, dem werden ab dem 16. Lebensjahr nur insgesamt 6 Jahre zugrunde gelegt, auch wenn er tatsächlich auf sieben oder acht Jahre kommen würde.

#### Meine Frau erhält jetzt 82 DM weniger Rente als im vorigen Jahr, und ich weiß von welchen, die Hunderte DM weniger bekommen!

Da beschweren Sie sich am besten bei Herrn Blühm. Oder vielleicht bei dem Herrn Abgeordneten Engelmann von der CDU, der im Bundestag behauptete, die Ost-Rentner hätten ja als erste die Vorzüge der Marktwirtschaftgenossen, undihre Rentenbezüge hätten sich fast verdoppelt!

Dasollensich die Herren hier mal umsehen! Mieten verfünffacht, Energie dreimal so teuer, für einen Fahrschein zahlt man das Zwölffache, von Porto oder Telefon gar nicht zu reden. Was bleibt da noch?



Dieses freundliche Bild mit den sympathischen Wünschen entnahmen wir dem "Ratgeber für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern", herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Bonn. Wir hoffen mit allen Senioren, daß dieser fromme Wunsch in Erfüllung geht.

## Reiseangebote

#### **VOLKSSOLIDARITÄT**

#### in Brandenburg e.V.

Ihre Adresse: Reiseclub für Senioren Cottbus

Der Reiseclub für Senioren, Straße der Jugend, Barackenstadt (5), O-7500 Cottbus bietet für das Jahr 1992 u.a. folgende Reisen an:

5 Tage Seen-Salzburg-Alpen	08.612.6.	355 DM
7Tage Rom-Asissi-Siena	28.604.7.	595 DM
3Tage Nürnberg-Würzburg-Rothenburg o.T.	10.512.5.	270 DM
8 Tage Griechenland	19.526.5.	1150 DM
4 Tage Amsterdam	18.521.5.	365 DM
8 Tage Pesaro (Seniorenfest)	24.531.5.	585 DM
3 Tage Bayerische Schlösser	02.604.6.	270 DM
5 Tage Wipptal-Tirol (Seniorenfest)	19.523.5.	459 DM

#### Auch Jugendweihereisen zur Auswahl:

Viereinhalb Tage Paris	März/April	298 DM
7 Tage CSFR	06.413.4.	245 DM
	21.428.4.	
3 Tage Hansestädte	nach Vereinbarung	220 DM

Alle Preise sind Inclusivpreise (u.a. Fahrt, Übernachtung, VP o. HP., Ausflüge, Reisegepäckversicherung)

Abfahrtsort: Cottbus

Bei Gruppenbuchungen werden ein Freiplatz und Tagesrabatte gewährt.

Letzter Buchungstermin im Reiseclub: 15. März 1992

## o werden Streiks abgewürgt

## Ein Blick hinter die Kulissen der Lausitzer Rundschau

Dieses Flugblatt ließ die Geschäftsführung der LR Medienverlag GmbH und der Lausitzer Rundschau Drukkerei GmbH an alle Mitarbeiter verteilen, nachdem sich Journalisten, Verlagsangestellte und Druckereiarbeiter an einem zweistündigen Warnstreik beteiligt hatten, um ihren RTS- und Tarifforderungen Nachdruck zu verleihen.

Streiks verhärten die Fronten, ließ die Geschäftsführung wissen, und sie erwarte angesichts ihres sozialen Mitgefühls von ihren Mitarbeitern in erster Linie Loyalität mit dem Unternehmen, nicht mit denen, "die für unser Haus keine Verntwortung tragen" (also den Ge-

erkschaften). Wir wollen hier nicht prüfen, in welcher Weise zwei Mitglieder der Geschäftsführung (zu DDR-Zeiten langjährige Leiter und Funktionäre) noch vor ďrei Jahren vorgaben, fűr ihre Mitarbeiter da zu sein. Die Marktwirtschaft fordert wohl ihren Tribut. Aber auch insofern natürlich, als Streiks legale Mittel der Demokratie in der Marktwirtschaft sind!

Und deshalb nehmen wir stark an, daß der Versuch, Streiks auf diese Weise abzuwürgen, wohl zum Scheitern verurteilt ist.

#### **Grundgesetz Artikel 9** (Vereinigungsfreiheit)

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
- (3) Das Recht, zur Wahrung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist ür jedermann und für alle Berufe gewährleistet, Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs.2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitkämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeitsund Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

## Arbeit sichert Arbeitsplätze!

Die Streiks am 19. und 20. Februar 1992 haben sich in einer Weise abgespielt, die die Geschäftsleitung zu nachfolgenden Feststellungen veranlaßt:

- 1. Auf widerrechtliche Aufforderungen zur Schädigung der "Lausitzer Rundschau" werden wir in künftigen Fällen rechtlich vorgehen. 2. Streikstunden werden vom Lohn und Gehalt abgezogen.
- 3. Jede Beeinträchtigung der Abläufe unserer Zeitungsproduktion, sowohl im Verlag als auch im technischen und im redaktionellen Bereich, gefährdet das pünktliche Erscheinen der Zeitung heitungeren Leger des Ansehen heitungeren Anzeigenkunden und demit duch im technischen und im redaktionellen bereich, gefahrdet das punktiiche Erscheinen der Zeitung bei unseren Lesem, das Ansehen bei unseren Anzeigenkunden und damit unseren Wetthewerheiten der Scheischen Wetthewerheiten der der Zeitung der unseren Lesem, das Ansenen der unseren Anzeigenkunden und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit, vor allem in den sächsischen Wettbewerbsgebieten. In ainer Zeit in der wir wichtige Investitionen verhareiten und Zugleich zu ihrer Einenzeiten und unsere wetibewerbstanigkeit, vor allem in den sachsischen wetibewerbsgebieten. In einer Zeit, in der wir wichtige Investitionen vorbereiten und zugleich zu ihrer Finanzierung inde als Einnahme erzielhare Mark brauchen, ist ein Streik nicht das richtine Mittel, die Sieiner Zeit, in der wir wichtige investitionen vorbereiten und zugleich zu ihrer Finanzielung jede als Einnahme erzielbare Mark brauchen, ist ein Streik nicht das richtige Mittel, die Sichorboit der Arbeitenlätze für die Zukunft zu fastigen. Arbeitenlätze werden nicht durch jede als Einnahme erzieibare iwark prauchen, ist ein bireik nicht das richtige iwiller, die bi-Cherheit der Arbeitsplätze für die Zukunft zu festigen. Arbeitsplätze werden nicht durch Streiks, sondern durch Arbeit gesichert.
- 4. Unser Unternehmen bietet seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sichere Einkommen, verbesserte soziale Leistungen und allgemeine Arbeitsbedingungen, wie sie in diesem Hans hieher nicht mönlich gauseen eind. Derüber hieres heben 50 Mitschaft innen frien, verbesserte soziale Leistungen und allgemeine Arbeitsbedingungen, wie sie in die sem Haus bisher nicht möglich gewesen sind. Darüber hinaus haben 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Möglichkeit Cohreiteb gemacht, sich en Mitarbeiter innen sem Haus bisher nicht möglich gewesen sind. Darüber ninaus naben bo ivilitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich am Mutterhaus zu beteiligen und damit am Gewinn beteiligt zu sein. Die Gewerkschaften, die zu Streiks aufrufen, die zu Streiks aufrufen,
- 5. Die Geschäftsführung hat bisher, auch bei schwierigen Umstrukturierungen, bis auf 5. Die Geschäftstührung hat bisher, auch bei schwierigen Umstrukturierungen, bis auf zwei Fälle Entlassungen vermeiden können und die Bemühung in den Vordergrund gestellt, allen Betroffenen Arbeitsplätze im Unternehmen zu erhalten. Dies war ein Akt der Alle Beschäft. sterr, allen betromenen Arbeitspiatze im Unternenmen zu ernalten. Dies war ein Akt der Solidantät der Geschäftsleitung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Alle Beschäftsleitung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Alle Beschäftsleitung sollten sich künftig prüfen wessen i ovelität für ihre Zukunft zählt. Die Geschäfts-Solicamat der Geschattsleitung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Alle Beschättigten sollten sich künftig prüfen, wessen Loyalität für ihre Zukunft zählt. Die Geschäftsleitung erwartet von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in erster Linie Loyalität mit denen Linternehmen und nicht mit denen die für unser Haus keine Verantwortung tracen. den Unternehmen und nicht mit denen, die für unser Haus keine Verantwortung tragen.
- 6. Verbesserungen der Tarife werden nicht durch Streik, sondern durch Verhandeln erzeitet Streike verhärten die Eronten. Des muß inder wissen, der einhan Streike betailiet verbesserungen der Fante werden nicht durch Streik, sondem durch Verhändern zielt. Streiks verhärten die Fronten. Das muß jeder wissen, der sich an Streiks beteiligt.
- 7. Die Geschäftsführung hat mit ihrer einseitigen Erhöhung der Tarife für alle Mitarbeite-ringen und Mitarbeiter auf 67 og prozent rückwirkend zum 01.01.1002 ihren Mitarbeite-7. Die Geschaftstuhrung hat mit ihrer einseitigen Erhöhung der Tarife für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 67,28 Prozent, rückwirkend zum 01. 01. 1992, ihren Willen bewiesen, die Einkommen über die Regelung bei anderen Verlagen hinaus zu verbessern. Diese Erhöhung ist gehunden an die Enwertung daß zicht pohmels gegen die Eriedage. wiesen, die Einkommen über die negelung der anderen verlagen mitaus zu verbessern. Diese Erhöhung ist gebunden an die Erwartung, daß nicht nochmals gegen die Friedens-oflicht während laufender Verhandlungen verstoßen wird. Den Hittle von Streiks mögen Diese Ernorung ist gebunden an die Erwarung, dab nicht nochmas gegen die Friederis-pflicht während laufender Verhandlungen verstoßen wird. Den Luxus von Streiks mögen sich Gewerkschaften mit gefüllten Kassen leisten können. Wir müssen durch Arbeit unsere Einnahmen erhöhen, damit wir weitere Verbesserungen vornehmen können.

## Arbeit sichert Arbeitsplätze, nicht Arbeitsniederlegung!

Geschäftsführung der LR Medienverlag GmbH und der Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH Bernd Hartmann, Bernhard Liske, Evelin Sobottka

## Cottbuser Bezirkstag der IG Medien vertrat 3581 Mitglieder

Auf dem Cottbuser Bezirkstag der IG Medien wählten Ende Februar die Delegierten von derzeit 3581 Mitgliedern dieser Gewerkschaft ihren Vorstand. Die Gewerkschaft Medien umfaßt 31 südbrandenburgische Betriebe der Druck- und Papierindustrie, der Publizistik und Kunst.

Im Mittelpunkt der Debatte standen Erfahrungen aus Warnstreiks, an denen sich am 31.1. und am 19./20.2.92 fast alle Drucker, Journalisten und Verlagsmitarbeiter der LR, gleich, ob in der IG Medien oder der Gewerkschaft Deutscher Journalistenverband organisiert, gemeinschaftlich beteiligt hatten. Sie machen gegenüber den Arbeitgeberverbänden ihre Forderung deutlich, entsprechend einem in anderen Branchen bereits gültigen Stufenplan ihre Löhne und Gehälter an die in Deutschland üblichen Tarife anzugleichen. Bisher sind diese Verhandlungen gescheitert, für Angestellte gibt es nicht einmal einen

Verhandlungstermin.

Das Argument der Unternehmer, die Lohnforderungen seien überzogen und gefährden die Arbeitsplätze, sei älter als seine über 30 jährige Erfahrung in der Tarifarbeit, sagte der Vorsitzende des Landesbezirkes Berlin-Brandenburg der IG-Medien, Gerd Ballentin. Statistiken anerkannter Wirtschaftsinstitute beweisen das Gegenteil: nicht Lohnforderungen, sondern Unfähigkeit von Geschäftsleitungen im Management haben in den bekannten Fällen zu Betriebszusammenbrüchen geführt. Die Lohnforderungen seien nicht aus der Luft gegriffen, sondern hätten die Entwicklungsziffern der Lebenshaltungskosten, des Produktivitätswachstums und der Umverteilung der Geldmittel zur exakten Grundlage.



## Freundschaft zu Polen eine Sache des Herzens und des Vernunft

## Die Neiße soll uns nicht trennen

Am 23. Februar stellte sich im "Politfrühschoppen der PDS" einem kleinen Kreis von Interessenten die "Deutsche Gesellschaft für gutnachbarliche Beziehungen zu Polen e.V:" vor.

Heinz Jurischka, als Vorsitzender des relativ kleinen Regionalverbandes Cottbus dieses Vereins, informierte die Zuhörer über die historischen Wurzeln, inhaltlichen Ziele, laufenden Vorhaben und Probleme der deutschpolnischen Gesellschaft. So konnten zahlreiche Begeg-

nungen mit polnischen Freundschaftspartnern - vornehmlich aus der Region Zielona Gora - durchgeführt werden. Gegenseitige Exkursionen, Vorträge des polnischen Botschafters in der BRD und des Chefredakteurs der Bielefelder Zeitung "Polen und wir" in Cottbus zeugen von inhaltlicher Vielfalt der Vereinsarbeit.

Der Verein hat auch das im vergangenen Herbst von deutschen und polnischen Jugendlichen durchgeführte Work-Camp in Bad Muskau organisatorisch und sachlich unterstützt. Die jungen Menschen beiderseits der Oder-Neiße - Grenze arbeiteten 14 Tage gemeinsam an der Rekultivierung des polnischen Teils des Muskauer Pückler - Parks.

Die lebhafte Aussprache während des Politfrühschoppens war von tiefer Symphatie für das völkerverbindende Anliegen des Vereins getragen.

Siegfried Dilk

Berechtigte Frage eines GUS-Offiziers nach Friedhofsschändung und erneuter Hakenkreuz-Kleberei:

## schändung und erneuter Hakenkreuz-Kleberei: Und was unternimmt die Polizei?

Telecom erschließt uns Welten Per Bildschirm!

Hand aufs

Antennenvertrieb Cottbus hilft dabei, legt Leitungen und Anschlüsse, bietet aber gleich dazu ein Anschlußkabel an, denn die Anschlußdose liegt jetzt projektgemäß an der anderen Zimmerseite. Also 10,-DM auf den Tisch

Auf den Tisch kam auch ein Antrag für den Anschluß an die Satellitenempfangsanlage, gleichzeitig Vertrag über 9.70 DM zusätzlich im Monat.

Die offen im Treppenhaus liegenden Leitungen müssen nun bewacht werden! Denn It. Antrag-Vertrag werden Schäden, die durch Dritte verursacht werden, dem der Kunde Zugang zum Grundstück gewährt, auf Kosten des Kunden beseitigt...

Unser Pech, aber nicht das einzige. Hast Du `nen "alten" Apparat, dann grieselt jetzt auf dem Bildschirm. LR vom 6.2., S. 11, empfiehlt Einbau eines Kabeltuners (200,-DM), oder wenn der Aufwand dafür zu groß, als Alternative neues Fernsehgerät (ist da der Aufwand vielleicht nicht so groß?)

Bisher empfing ich 7 Sender mit einer vor ca. 12 Jahren gemeinschaftlich errichteten Empfangsanlage. Heute habe ich 8 auf dem Bildschirm; für den 8. muß ich allerdings noch polnisch lernen. Mir wäre die Alternative: alte Antennenanlage - Empfang wie bisher die liebste und die billigste. Aber ob das dem demokratischen Verständnis von Telekom und AV entspricht?

Apropos: Wenn ich den Antrag nicht stelle, dann wird abgeklemmt! Alles oder was?

> Gerhard Mahnhardt Hans-Beimler-Straße

Bei der Ehrung der Rotarmisten, die im Kampf gegen die Hitlerfaschisten in und um Cottbus ihr Leben gaben, war auch der wohl letzte in Cottbus anzutreffende Offizier der GUS-Armee anwesend. Vertreter des Bundes der Antifaschisten suchten und fanden mit ihm das Gespräch. Sie gaben ihrer Empörung über die Schändung der Gefallenendenkmale Ausdruck und informierten den Offizier über die in der Nacht vor der Totenehrung vorgefallene erneute Hakenkreuz-Orgie in Cottbus, diesmal ausgerechnet in der noch so bezeichneten Leninallee.

Der Major bedankte sich bewegt für die Solidaritätsbekundung der etwa 200 zum Soldatenfriedhof gekommenen Cottbuser. Gleichzeitig stellt er betrübt fest: "Cottbus ist ein Zentrum des Neofaschismus geworden..." Im weiteren Gespräch fragte er "Und was unternimmt die Polizei gegen eine solche Entwicklung?" - "Leider kaum etwas", mußte die Antwort lauten. Der Freund aus dem einstigen ersten Land eines Versuchs zum Sozialismus nahm die Versicherung mit : "Wir, die deutschen Antifaschisten, haben nichts von dem vergessen, was Ihr Volk für das deutsche Volk getan hat. Und auch unsere Kinder werden das weiter in ihren Herzen tragen."

Anschließend fuhr der Offizier mit seinem Kübelwagen zurück zur Bahnhofskommandantur, wo er seinen letzten Dienst auf deutschem Boden versieht. Sein Weg führte durch die Leninallee. Er sah die neuen Zeichen der Schande für den deutschen Namen.

Hans Gerd

## Frauentag - noch "in" ?

Der einen oder anderen mag bei dem Wort Frauentag die mehr oder weniger glückliche Erinnerung an alte DDR- Zeiten kommen. Oftmals eine aufgesetzte Feierlichkeit Nicht daß ich was gegen Kaffeekränzchen hätte! Und schon gar nicht gegen Prämien, die es ja bedauerlicherweise nicht mehr gibt. Nur hatten Clara Zetkin und die anderen Initiatorinnen des Internationalen Frauentages wohl andere Vorstellungen über Sinn und Zweck des 8. März. Seit dem Jahre 1910 war der Frauentag Ausdruck für das gewachsene Selbstbewußtsein der Frauenbewegung, ein Tag des Streitens für Gleichberechtigung. Zu DDR-Zeiten hatte man nach Meinung des Partei- und Staatsapparates keinen Grund mehr

Kämpfen...Trotz zahlreicher Mängel und Schattenseiten im Bereich der Gleichstellung von Mann und Frau war die DDR aber ein Land, in dem Frauen Entwicklungsmöglichkeiten, Perspektiven hatten. Die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung scheint hingegen darauf abzuzielen, die Entfaltung der Frau auf die Strekke zwischen Kochtopf und Waschmaschine einzuschränken. Frauenarbeitslosigkeit ist bereits zur Alltäglichkeit geworden. Hauptsächlich Männern ist die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Schwangerschaftsabrüchen vorbehalten. Wir haben also allen Grund, uns wieder aufs Kämpfen zu verlegen. Wir haben allen Grund zum Frauentag.

Claudia Garbso

## Ballade vom Deutschen Graben

Die Mauer ist fort - geknickt. In die Weite geht der Blick. Herrlich, -durch`s große Land! Tritt man zurück und schaut nach unten,

Sieht man einen langen Graben, gewunden, Quer durchs teure Vaterland.

Quer durchs teure Vaterland. Es gibt wieder ein Hüben und Drüben

Schwarze und weiße Raben. Die Bruder- und Schwesterrufe sind nun verhallt. Lange vorbei, uralt.

Diesen Graben will niemand.
Niemand will Ersatz für die Mauer.
Größer wird von Tag zu Tag
unsere Trauer.
Doch er plätschert dahin,
In seiner schmutzigen Pracht.
Die großen Götter haben
Das Wollen und die Macht.
Deutschland, oh Deutschland!
Noch mehr von diesen Dingen?
Wann werden wir wieder bessere
Lieder sinden?

Die Kleinen wirft man vor's Gericht.
Die Großen beißt man nicht.
Die Kleinen sollen vor dem Tribunal
An den Pranger
Ihrem Glauben abschwören
Und sich an der Verzeihung erbauen.
Die Großen erleiden keinen harten Schlag.
Sie machen in Poesie und Bedauern
Deutschland, oh Deutschland!
Noch mehr von diesen Dingen?
Wann werden wir wieder bessere Lieder singen?

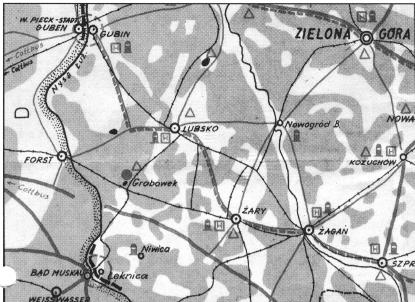
Gedanken wandern:
Der Graben läßt die einen nicht zu
den anderen.
Das Volk hat begrüßt den Abriß
der Mauer.
Verfluchen aber jeden,
Der mitbaut am Graben with
power.
Oh Deutschland, oh Deutschland!
Noch mehr von diesen Dingen?
Wann werden wir endlich bessere
Lieder singen?
Um Deutschland ist mir bange.

Des Nachts in Deutschland die

Paul-Otto Bartöck

Herzblatt erwartet lhre Leserfotos!

Noch lange??



Ein Brief aus Polen, der nachdenklich macht

#### So nah...

... ist die Region unserer ehemaligen Partnerwojewodschaft Zielona Gora. Viele Cottbuser waren früher dahin unterwegs und haben die polnische Gastfreundschaft genossen - erinnert ihr euch noch? Heute geht's nur noch bis zum polnischen Billig-Markt an der Grenze - und Polen in Deutschland werden wieder scheel angesehen...

## Jeder Tag bringt neue Enttäuschungen

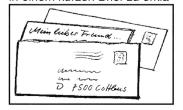
Der folgende Brief, der uns mit der Bitte um auszugsweise Veröffentlichung übergeben wurde, stammt von einem Rentner aus Poznan. Der Absender ist seit etwa 15 Jahren invalidisiert. Vorher arbeitete er als Ingenieur bei der Projektierung von Kraftwerksanlagen. Er ist ein gläubiger Katholik, Kind eines Polen und einer Deutschen. Seine Eltern verlor er in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Seine Erziehung erfuhr er bei deutschen Verwandten in der damaligen sowjetischen Zone, später einem polnischen Waisenhaus. Hier seine jetzige Situation:

Deine Post bringt uns immer sehr viel Freude... Wichtig ist, daß wir überhaupt noch in den für alle schweren Zeiten im Briefwechsel sein wollen, Hauptsache auch. daß die Worte mit Gedanken verbunden sind.

Wir haben jetzt wieder (wieviele Male schon) eine weitere, für uns ganz neue und unbekannte Entwicklung in unserem Land. Jeder Tag (Ihr wißt es doch am besten) brinat neue Aufreauna. verbunden mit sehr großen Entäuschungen. Das Leben ist bestimmt freier, aber dadurch noch härter geworden.

Der Arbeitsmarkt liegt fast am Boden. Tausende Leute wurden arbeitslos. Millionen Rentner und Invaliden wurden ganz an die Armutsgrenze getrieben. "Kinder", es gibt jetzt bei uns alles, aber die Menschen werden

massenweise arbeitslos und habenkeinGeld.AbNeujahrgabes wieder so große Preissteigerungen (Miete, Energieträger u.a.), daß wir in damit verbundenen Realitäten schon nicht mehr wissen, wie wir das kleine erhaltene Rentnergeldverteilensollen, um am Ende jeden Monats noch "reine Luft zu schnappen". Wegen Auszahlungs-Geldmangel wurdenab01.01.1992alleRentnergehalteneuüberrechnet. Millionen haben weniger erhalten, Millionen ein bißchen mehr. Ich habe verloren. Das ist eine sehr komplizierteSache.sehrschwer in einem kurzen Brief zu erklä-



ren. Aufs Wort müßt Ihr mir glauben. In normaler Weise würde uns Euer Angebot, uns zu besuchen, sehr freuen. Aber jetzt gibt es leider keine für uns normale Situation. Wir können Euch deswegen -leider - nicht eine Gastfreundschaft anbieten. Es ist mir, glaubt bitte, sehr schwer, so zu schreiben, aber es ist die Wahrheit. Vielleicht wird noch für uns eine helle Zukunft kommen, dann werden wir es bestimmt mit Freude machen.Ob wir aber noch zwischen den Lebenden sein werden? Eine Auslandsreise ist auch unmöglich geworden. Gesundheitlich geht es mir nicht am besten. Große Herzschwachheit (zweimal war ich letztens im Krankenhaus) erlaubt mir keine Aufregung.Ernste Worte sind sehr oft sehr traurige Worte. Ich glaube, daß Ihr mich gut verstehen werdet. Deswegen rechne ich auf Eure Verzeihung und auf weitere Lebenszeichen von Euch. Bandenüberfälle gibt es auch bei uns sehr oft, nicht nur bei Euch in der Ex-DDR. Eine deutsche Bürgerin wurde am hellichten Tage in Poznan angefallen und hat noch dazu ihr Auto verloren. Riskiert das bitte meinetwegen nicht.

Ich verbleibe mit den besten Grüßen

Euer Marian mit Familie

## Hilfe für Lipezk

Wir rufen die Mitglieder und Sympathisanten Freundschaftsgesellschaft auf, Solidarität mit den Bürgern von Lipezk zu üben.

Dringend gebraucht werden Lebensmittel, medizinisch-orthopädische Hilfsmittel, Medikamente, Sanitärmaterialien, Hygieneartikel, Spielzeug und in erster Linie Geldspenden auf das Spendenkonto "Rußlandhilfe Lipezk", Konto Nr. 28 0000 02, Sparkasse Cottbus, BLZ 180 5 2782.

In der Geschäftsstelle der Gesellschaft, Karl-Liebknecht-Str. 20, können bis zum 16. März auch Lebensmittelpakete abgegeben werden (keine verderblichen oder zerbrechlichen Waren; Inhaltsangabe außen am Paket, gut verschnüren!). Mit dieser Aktion schließen wir uns dem Aufruf der Stadtverwaltung an, unter deren Obhut auch der Transport am 21. März nach Lipezk erfolgen soll.

#### **Erneute** <u>Beziehungen</u>

Mitte Februar trafen sich drei Vertreter des Kreisvorstandes Cottbus der PDS in Zielona Gora mit dem Vorsitzenden der Woiewodschaftsleitung der Sozialdemokratischen Partei Polens (SdRP), der Nachfolgepartei der PVAP, zu einem Informationsgespräch.

Die Formen künftiger Zusammenarbeit sollen sich auf den Austausch regelmäßiger Informationen und Erfahrungsaustausche zur Arbeit der Parlamentarier und der politisch- organisatorischen Tätigkeit der leitenden Parteigremien beider Parteien konzentrieren.

Besonderen Wert legten die Gesprächspartner auf eine systematische Begegnung zwischen Jugendgruppen Zielona Gora's, die der SdRP nahestehen, und der AG Junger Genossen der PDS in Cottbus. Die SdRP will sich dafür einsetzen, daß eine Kulturgruppe aus Zielona Gora beim multikulturellen Tag in Cottbus am 9. Mai auftreten kann

Siegfried Dilk



## drücken

Ich mußte an den letzten Herbst denken. Mit einigen anderen Cottbusern waren wir die absolute Minderheit beim Oberligaspiel Türkspor Berlin gegen Energie Cottbus auf dem Sportplatz nahe dem Flugplatz Tempelhof. Wir saßen mitten unter begeisterten türkischen Zuschauern, die trotz unermüdlicher Anfeuerung der heimischen Mannschaft einen Sieg der Gäste aus Cottbus erleben mußten. Leicht zu spüren, wem unsere Sympathien galten, aber niemand hat uns auch nur scheel angeblickt.

Keine Gefahr für das Auto mit Cottbuser Kennzeichen, in unmittelbarer Stadionnähe geparkt. Im Gegenteil, nach Abpfiff bemerkte einer der vielen Türken, die

## Hier und da

aus dem Stadion kamen, unsere ratlosen Blicke und half uns, die richtige Stra-Be für die Heimfahrt zu finden.

Wohltuend, zu einer Zeit, als Hoyerswerda international bekannt wurde. Beschämend, daran zu denken, in diesen Februartagen, als türkische Fans mit Türkspor zum Rückspiel in unsere Stadt kamen und massive Bedrohungen durch 100 Randalierer erlebten. Schwer verständlich, zu lesen, daß beim gastgebenden Fußballclub offenbar nicht mit solchen Vorfällen gerechnet wurde... beim Gastspiel einer türkischen Mannschaft.

**Ankreuzen** 

und hin!



#### Termine für März

3., 18.00 Uhr Stützpunkt Sachsendorf PDS, ΚV (im

4., 18.00 Uhr Stützpunkt Stadtmitte/Betriebe (KV PDS Zi. 260)

4., 17.00 Uhr

8., 18.00 Uhr

8. 10.00 Uhr Politfrühschoppen zum Frauentag (Club der VS, Breit-

12., 9.00 - 12.00 Uhr

Politfrühschoppen zur Jugendweihe (Club der VS, Breit-

19., 9.00 -12.00 Uhr

Politfrühschoppen "Wo bleiben unsere Steuern?"(C' der VS. Breitscheidstr. 69)

Kreisvorstandsitzung (KV Zi. 260)

26., 9.00 - 12.00 Uhr

Zi.260)

AG Frauen (KV PDS Zi. 260)

5., 9.00 - 12.00 Uhr Rentnerberatung (KV PDS Zi. 260)

Stützpunkt Cottbus Land (KV PDS Zi. 260)

scheidstraße 69)

10 17 00 Uhr KV-Sitzung Zi. 260

11., 19.00 Uhr Stützpunkt Ströbitz (West)

Rentner- und Bürgerberatung (KV Zi. 260)

Wohngebietsbegehung in Schmellwitz, Treffpunkt 9. Grundschule G.-Schwela-Str., anschließend 19,30 Uhr öffentliche Fraktionsitzung der PDS/LL im Speisesaal

scheidstraße 69)

17., 17.00 Uhr Stützpunkt Südstadt (KV Zi. 260)

Rentner-Bürgerberatung (KV Zi. 260)

24 17 00 Uhr

Rentner- und Bürgerberatung (KV der PDS Zi. 260)

Politfrühschoppen "Die Brandenburger Toleranz - ihre Wurzeln und ihre Gegenwart" (Club der VS, Breitscheid-



#### SC Energie gegen Türkspor Berlin am 16.02.1992

Fußballanhänger: "Habt Ihr noch alle Tassen im Schrank, Jung's. Euch so aufzuführen?'

Huligan 1: "Von denen hat einer `ne Waffe einstecken, ich habe gesehen, wie der in seine Jackettasche greifen wollte."

Huligan 2: "Wir lassen uns doch von denen nicht abknallen, da beugen wir lieber vor."

Fußballanhänger: "Ihr habt doch zuerst mit Knallkörpern und Steinen geschmissen. Ihr schadet doch nur dadurch eurer eigenen deutschen Mannschaft - wenn das Spiel abgebrochen wird, bekommt Energie die Punkte abgezogen. Wollt ihr das?"

Huligan 3: "Was haben die Türken hier überhaupt Fußball zu spielen. Die sollen abhauen - nach Hause; nehmen uns nur unsere Arbeit weg."

Fußballanhänger: "Die Dreckarbeit, die die meisten von denen in Westberlin machen, würdest du nicht mal ansehen.'

Huligan 3: "Die machen auch gute Arbeit, Mann."

Huligan 1: "Und nehmen uns auch noch unsere Frauen weg - vögeln unsere Weiber."

Fußballanhänger: "Wenn ich so aussehen würde wie du, würde ich mich gar nicht wundern, wenn deutsche Mädchen nichts von mir wollen."

Huligan 2: "Mensch, vafatz Dir, Opa - sonst kriegste auch noch was aufs Maul."

Die Huligans in Masse skandierend:" Türken raus - schlagt die Türken tot - Deutschland den Deutschen."

# endlich die Ärmel hochkrempeln!"

"Die Ostdeutschen müssen

#### Eine



#### liche Gratulation

übermittelt der Ortsverband Schmellwitz der PDS nachträglich seiner Genossin Elisabeth Russek im Altenheim Schmellwitz zum Geburtstag. Auch unserer Genossin Frieda Bösewetter, ebenfalls im Altenheim, wünschen wir zu ihrem 80. Geburtstag am 13. März einen freudvollen Tag.

Hier können in der nächsten Ausgabe

#### **Ihre** Glückwünsche

-auch Informationen, Grüße, Hoffnungen, Verkaufswünsche stehen! Entgegengenommen werden sie im Kreisvorstand der PDS, Breitscheidstraße 11. Letzter Termin für die April-Ausgabe: 24. März.

#### Redaktionsschluß

**27. Februar 92** 

## Nächste Ausgabe



-blatt lesen

### Wessimeinung - Ossimeinung

Auf den Leserbrief eines Herrn Friedrich Kunz aus Westdeutschland, der am 28.01.1992 auf Seite 10 der "LAUSITZER RUNDSCHAU" erschien, und der in seinen Auslassungen die typische Meinung eines voreingenommenen und medienmanipulierten Alt-Bundesbürgers zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tagesfragen in den neuen Ländern der BRD wiederzugeben scheint, hat sich der direkt Angegriffene in einem persönliehen Brief zur Wehr gesetzt.

Die Inhalte beider Briefe scheinen es wert, einer breiten Öffentlichkeit von Cottbus vorgestellt zu werden.

"Keinem DDR-Bürger soll es schlechter gehen – im Gegenteil." (H. Kohl im Febr. 1990 in Dresden.)



#### Kein gutes DDR-Erbe

Ob es nun nach der Wende besser oder schlechter geworden ist, das ist zum Leser-Streit geworden. Auf die Kritik von Siegfried Dilk, daß es schlechter geworden sei (Leserbrief in der RUNDSCHAU vom 14. Dezember) gibt es nun Kritik:

Mit Recht kann jeder Bürger an der wirtschaftlichen Entwicklung in seinem Land Kritik üben. Aber aus einer kritischen Betrachtung heraus, wie sie Frau Juri an Cottbuser Bürger äußerte, einen persönlichen, geharnischten Angriff auf Bundeskanzler Kohl zu formulieren, halte ich für unanständig. Vielleicht war Frau Juri mit ihrem Verlangen nach dankbarer Anerkennung der sichtbaren Wandlungen zum Besseren in Cottbus tatsächlich etwas naiv. Dennoch ist der Vorschlag, sie möge ihr Gemüt von Gott erhellen lassen, albern. Man sollte Gott in solchen Fällen besser aus dem Spiel lassen, denn seine Ausführungen n Leserbrief stellen alles andere als eine göttliche Eingebung dar. Außerdem glaube ich, versucht sich hier ein Oppositioneller - die politische Richtung ist vorgegeben - zu profilieren, in der Hoffnung, daß er mit solchen Argumenten die Hasen, sprich Wähler in seine Küche treiben kann. Damit soll auch den alten Seilschaften und ehemaligen Führungskadern Mut zum Durchhalten zugesprochen werden.

In gewissen oppositionellen Kreisen war es seither typisch, mit Zahlen und statistischen Balancen zu jonglieren. Leider finden solche Zahlenspiele bei Teilen der Bevölkerung, die sich zu den Betroffenen zählen, auch Gehör. Dabei ist dieses Spiel mit Prozenten und Nettoeinkommen pauschaliert und absichtlich aus dem Gesamtwirtschaftlichen Rahmen herausgelöst. Es vermittelt niemals eine tatsächliche wirtschaftliche Kombination und Kaufkraft in der Bevölkerung. Es wird auch nicht zugegeben, daß diese und eventuell noch weitere Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt nur die Folge des chaotischen Niederganges des Stasi-Staates sind und daher vorerst hingenommen werden müssen. Ebenso wenig sind diese Propheten in der Lage, die immer noch kritische wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern durch eigene Konduktivvorschläge maßgeblich zu verbessern. Allein mit Nörgelei und Kritik ist nichts getan. Es ist bekannt, daß gewisse politische Kreise den Zusammenschluß nicht wollten. Dennoch glaube ich niemals, daß der 20prozentige Anteil der Bevölkerung, dem es angeblich wirtschaftlich mehr als doppelt so schlecht gehen soll wie vor einem Jahr, sich nach einer Volkskammer seligen Andenkens zurücksehnt.

Zu den mehr als plumpen Anschuldigungen gegen Bundeskanzler Kohl nehme ich abschließend wie folgt Stellung:

Die Behauptung, Kohl habe die Bürger der neuen Bundesländer belogen, ist eine üble, an den Haaren herbeigezogene Kampagne. Jenes Zitat, wonach Kohl seinerzeit einer in Hochstimmung befindlichen Menschenmenge zurief, "keinem soll es schlechter gehen, eher besser" heute so auszulegen, als hätte der Kanzler jedem Bürger in der Ex-DDR das Schlaraffenland versprochen, ist hinterlistig.

Beruht Frieden und Freiheit allein auf materieller Grundlage? Ist die Beseitigung des Zwangs- und Überwachungsstaates nicht ein Mitverdienst der Bonner Regierung? Ist die Bewegungsfreiheit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens kein wertvolles Gut, das den ehemaligen Bürgern der DDR geschenkt wurde? Mir scheint, hier steckt noch in manchen Köpfen der dialektische Materialismus eines Marx und Lenin, wonach die physischen und psychischen Werte des Menschen kaum Bedeutung haben.

Auf Betreiben des Kanzlers wurden zugunsten der neuen Bundesländer Milliardenbeträge aus dem Bonner Haushalt freigestellt:

Löhne und Gehälter wurden 1:1 getauscht, die Sparguthaben sind um 1000 bzw. 500 Prozent aufgewertet worden. Kohl zahlt noch wegen der darniederliegenden Infrastruktur und den leeren Kassen fast nur aus westdeutschen Töpfen allen die Rente, die Sozialversicherung, das Arbeitslosenund Kurzarbeitergeld. Den Ländern, Kommunen und Betrieben fließen Subventionen und Hermesbürgschaften in Milliardenhöhe zu, wenigstens so lange, bis sich die ostdeutschen Institutionen selbst versorgen können. Der Vorwurf, Kohl habe die DDR-Bürger belogen

und trage Mitschuld an den wirtschaftlichen Problemen, die sich durch die
Umstrukturierung ergeben, besteht
nicht nur zu Unrecht, sondern ist eine
Frechheit. Wie oft hat der Kanzler vor
Euphorie gewarnt und den westdeutschen, aber vor allem den ostdeutschen
Bürgern eine harte Wegstrecke mit Entbehrungen prophezeit, bis der marode
SED-Staat aufgearbeitet ist und endgültig der Vergangenheit angehört.

Jeder weiß heute, daß die Hinterlassenschaften dieses perfekten Überwachungsstaates katastrophaler ausfielen, als alle Politiker und Wirtschaftler angenommen haben. Darum sollte man das Wort Kohls seinerzeit in Dresden nicht so polemisch ins Spiel bringen. Gerade er ist bereit, auch Fehler zuzugeben, wie er es vor kurzem beim Parteitag eingestand. Leider vermißt man solche Eingeständnisse bei der ostdeutschen Opposition. Gerade sie hätte es angesichts immer neuer Schlagzeilen aus der politischen Vergangenheit des SED-Staates nötiger als Kohl und seine Regierung.

Wie sagte vor kurzem der Ministerpräsident von Brandenburg Stolpe: Jeder Bürger trägt hier eine Mitverantwortung an der Vergangenheit.

Friedrich Kunz Kirchsteige 39 W-7933 Schelklingen-Gundershofen

Sehr geehrter Herr Kunz!

Ihr Leserbrief zeigt, wie weit verbreitet anscheinend unsere "LR"ist. Sogar an der schwäbischen Donau scheint sie aufmerksam gelesen zu werden. Allerdings werden Sie verstehen, daß Ihre Wertung zu meinem Leserbrief gegen Frau Juri meinen persönlichen Widerspruch herausfordert.

Entschuldigen Sie bitte mein relativ spätes Reagieren auf Ihre Leserzuschrift, aber ich wollte erst die Veröffentlichung des Herrn Franke von der BfA abwarten, um die aktuellsten bundesamtlichen Fakten für meine Argumentation zur Verfügung zu haben.

Ich werde versuchen, in der chronologischen Folge Ihres Briefes auf Ihre Kriti-

ken, Unterstellungen und polemischen Auffassungen zu meinem Standpunkt einzugehen.

Zuerst gebe ich Ihnen Recht, ein ernsthafter Mensch sollte auf naive Auffassungen nicht mit albernen Bemerkungen reagieren.

Ihr Hinweis hat mich bewogen, Frau Juri nochmals persönlich anzuschreiben und mich bei ihr für meine überzogene Formulierung zu entschuldigen.

Den geharnischten Angriff auf Bundeskanzler Kohl allerdings halte ich keineswegs für unanständig. Schon eher unanständig halte ich seine Wohlstandslüge vom Februar 1990. Der Herr Bundeskanzler hat übrigens damals bereits mit Blick auf die erwarteten Bundestagswahlen eine wahre Lawine von Täuschungspaketen durch seine potentiellen Koalitionsmitstreiter und partner ausgelöst.

Er selbst verkündete im März 1990, daß mit der Einführung der DM in der DDR die Massenflucht vorwiegend junger Menschen in den deutschen Westen gestoppt würde. Das Gegenteil ist eingetreten.

Es folgte die Aufschwung-Vision Ostdeutschland der Herren Krause und
Graf Lambsdorf, gleich danach die
Steuerlüge des Herrn Waigel. Zorn löst
neu-bundesweit der Rentenreformbetrug des Ministers Blüm aus. Und vor
allem wir Ostdeutschen haben uns gegen eine Überflutung an Stasi-Unterstellungen zur Wehr zu setzen. "Fälle"
wie Prof. Fink, Dr. Stolpe, Dr. Modrow,
Dr. Gysi und Wallraff beweisen es.

Sie vermuten fast richtig, ich bin Mitglied der PDS in Cottbus.

Übrigens ist im deutschen Osten noch keine (Wähler)-Hasenjagd angesagt. Soviel ich weiß, bläst hierfür wohl zunächst Herr Teufel im Württembergischen zum Halali.

Ihre Vorstellungen von alten Seilschaften und ehemaligen DDR-Führungskadern sind ähnlich wirklichkeitsfremd und naiv wie die Dankbarkeitsidee der Frau Juri.

Wir armen Ossis erleben immer mehr die Tatsache, daß, wer sich sozial engagiert und demokratisch kritisch artikuliert, in die Ecke der alten Seilschaften geordnet wird, ihm der Verdacht angedichtet wird, ein ehemaliger Führungskader der SED oder gar ein Stasi-IM gewesen zu sein.

So einfach, verlogen und gemein kann man in der freien BRD mit Andersdenkenden umgehen.

Sie unterstellen "gewissen oppositionellen Kreisen" das "typische Jonglieren mit Zahlen und statistischen Balancen". Sie meinen, die Kritiker gegen die Regierung "pauschalisieren und lösen ihre statistischen Fakten absichtlich aus dem gesamtwirtschaftlichen Rahmen".

Der Umgang mit Statistik ist schon so eine Sache für sich.

Churchill hat einmal treffend charakterisiert: "Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe."

Die neuesten 16,2% durch die BfA ausgewiesenen Arbeitslosen in den neuen Bundesländern und die 1/2 Millionen Rentner, deren Bezüge nach der Blüm-Reform erhebliche Kürzungen erfahren, interessieren weder ein gesamtwirtschaftlicher Rahmen noch jedwede Statistik. Sie wollen Arbeit und lebenswürdige Zustände, wie noch vor 2 Jahren heilig versprochen.

Das folgende Beispiel zeigt, daß auch die BfA mit dem Instrument Statistik sehr flexibel umzugehen versteht.

Es ist feststellbar, daß die Arbeitslosenzahlen durch Herrn Franke stark geschönt sind. Eigentlich war ja wohl immer das Statistische Amt der DDR der große Zahlenfälscher. Herr Franke legte z.B. für seine Arbeitslosen-Quotenberechnung 8,2 Mio "abhängige zivile Erwerbspersonen" zugrunde.

Eine Forschung der Info-GmbH Berlin ermittelt ganze 7,2 Mio.

Das bedeutet, die wahre Arbeitslosenziffer in den neuen Bundesländern beträgt 18.7%, dazu kommen 4.3% Vollzeitäquivalent vorhandene Kurzarbeiter, 5,4% ABM-Beschäftigte. Dazu kommen ca. 583.000 Ost-West-Pendler und 655.000 Altersübergangsgeldempfänger. Von den rund 8,2 Mio im Osten Deutschlands Arbeitswilligen sind damit mehr als 3,2 Mio von sinnvoller Erwerbsarbeit ausgegrenzt. In Cottbus hat sich allein von September 1991 bis Januar 1992 die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdoppelt. 40 von 1000 Bürgern unserer Stadt befinden sich damit am tiefsten Boden unter dem sozialen Netz.

Nach Ihrer Auffassung sind für die vorhandenen Schwierigkeiten immer die anderen schuld, ist das Wirtschaftschaos in den neuen Bundesländern ausschließlich "die Folge chaotischen Niedergangs des Stasi-Staates".

Sie setzen auch als allgemein gültig voraus, "daß gewisse politische Kreise den Zusammenschluß nicht wollten".

Die jüngere und ältere Geschichte der deutschen Entwicklung nach dem II. Weltkrieg sagt da etwas anderes aus.

Es war der CDU-Altvater Adenauer, der bis 1959 hinein erfolgreich mehr als 100 Einigungsangebote der Grotewohl/Ulbricht-Regierungen der DDR zugunsten seiner Spalter- und Amerikahörigkeitspolitik abprallen ließ.

Bei einer damaligen Vereinigung hätte es ja möglicherweise in einem vereinig-

ten Deutschland zu sozialistisch-demokratischen Wählermehrheiten kommen

Am 1. Februar 1990 überraschte Hans Modrow auch seine Genossen mit dem Vorschlag: "Deutschland soll wieder einig Vaterland aller Bürger deutscher Nation werden." Damit nahm er das Ziel einer behutsamen Vereinigung beider deutscher Staaten in die Regierungskonzeption seines Kabinetts auf.

Wenige Tage später konterte der Kanzler mit seinem 8-Punkte-Programm des schnellen Anschlusses der DDR an die BRD. Damit hoffte er wohl, sich den Weg zum "historischen größten deutschen Kanzler" (noch vor Bismarck?) freikonzipiert zu haben.

Sie unterstellen der Opposition und den Kritikern gegen die Kohl-Politik die Unfähigkeit, durch geeignete Führungsmaßnahmen die Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern maßgeblich verbessern zu können. Das ist ganz einfach eine unbeweisbare Unterstellung.

In den ostdeutschen Bundesländern ist seit Mai 1990 eine Massenarbeitslosigkeit entstanden, die in ihrem Ausmaß für europäische Industrieländer einmalig ist und die ohne Übertreibung als nationaler Notstand bewertet werden muß

Jawohl, die DDR-Wirtschaft ist namentlich in den 5 Jahren vor der Wende vom SED-Politbüro in dilettantischer Weise zu Siechtum geführt worden. Aber wer die Wendezeit Herbst '89 - Sommer '90 aufmerksam beobachtet hat, konnte feststellen, daß der Wirtschaftsabfall des vorangegangenen 1/2 Jahres bereits im Februar 1990 durch die Modrow-Regierung gestoppt wurde und im März/April eine sichtbare Aufwärtsentwicklung durch die neu eingeleitete Wirtschaftspolitik der Frau Luft einsetzte.

Jäh unterbrochen wurde dieser Trend unmittelbar nach der Regierungserklärung von De Maiziere durch den Schacher um Währungsunion und schnellste Einheit der Herren Krause und Schäuble.

In einer Umfrage des damals (November 1991) noch vorhandenen DFF wünschten ca. 26% der befragten neuen Bundesbürger soziale DDR-Sicherheit zurück. Sie identifizierten ihre Vergangenheit offensichtlich nicht mit einem "Stasi-Staat", sondern haben wohl eher an die Vorzüge eines funktionierenden Staates mit sozial sicheren Strukturen gedacht.

Sie ordneten sehr leichtfertig der Kohl-Regierung das Geschenk zu, die "Bewegungsfreiheit auf allen Gebieten" für die ehemaligen DDR-Bürger erbracht zu haben.

Die Wahrheit ist eher, daß die Beseitigung des Zwangs- und Überwachungsstaates in erster Linie das Werk des Volkes der DDR, geführt von einer opferwilligen Bürgerbewegung und unterstützt von der Mehrheit einer unzufriedenen SED-Basis war.

Die Bonner Regierung hat uns nichts geschenkt! Auf Kosten unserer Identität und unserer Würde wird von Leuten wie Ihnen der Versuch unternommen, die Geschichte zu fälschen und die ostdeutschen Bürger im Nachhinein zu Duckmäusern, massenhaften Spitzeln

und faulen Nichtskönnern zu diffamie-

Die in der Nachwendezeit der DDR bis zum 3. Oktober 1990 erworbenen, entwickelten und praktizierten Rechte und demokratischen Freiheiten hatten eine weit bessere und humanere Substanz als der verknöcherte parlamentarische BRD-Demokratismus, der fast nur den Vermögenden nützt.

Die Bonner Regierung hat es durch ihre dogmatische Treuhandpolitik unter dem Slogan "Privatisieren vor Sanieren" verstanden, erhebliche Beschäftigungspotentiale der DDR-Wirtschaft brutal - ohne an die Menschen, die es hart betrifft, zu denken - zu zerstören.

2/3 der Industriekapazitäten sind vernichtet, mehr als 4 Mio Arbeitsplätze verschwunden.

Anfang des vergangenen Jahres waren noch ca. 70% der ehemaligen VE-Betriebe sanierbar und auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen wettbewerbsfähig.

Innerhalb eines Jahres schrumpfte dieser Wert auf 50%.

Zeiss Jena wurde zu Gunsten von Zeiss Oberkochen, Interflug zu Gunsten der Lufthansa, die Reifenwerke Fürstenberg zu Gunsten von Continental systematisch zerstört, um lästige Konkurrenten aus dem Feld zu schaffen.

Die Liste obiger Beispiele ist endlos.

Die Politbürogewaltigen um G. Mittag haben es mit ihrem unverantwortlichen Festhalten an starren Planungsmethoden und überdrehten Subventionsmaßnahmen geschafft, die DDR-Wirtschaft zum Nachteil der Menschen schmerzhaft zu schädigen.

Das borniert-dogmatische Festhalten der Herren Kohl, Möllemann, Waigel und Frau Breuels an den heiligen Kühen marktwirtschaftlicher Reinkultur unter den Bedingungen eines radikal zu ändernden Wirtschaftssystems in den neuen Bundesländern ist noch schädlicher, weil unrealistisch, menschenverachtend und ohne jeden Blick auf die Zukunft.

Sowohl die PDS als auch progressive Politiker der SPD, des Bündnis 90 und sogar der Ost-CDU haben Alternativen gegen diesen Kahlschlag vorgelegt.

1. Den Regierungsauftrag zur Treuhandanstalt umkehren.

Das bedeutet "Sanieren wo möglich und Privatisieren zu fairen Preisen wo nötig" sowie Entlassung der ehemaligen VEB aus nicht selbst herbeigeführten Altverschuldungen.

- 2. Entschädigung vor Eigentumsrückgabe.
- 3. Nach den Mustern Krupp, Ruhrkohle, Nordsee-Werften strukturpolitische Maßnahmen in den Monoindustriegebieten der Chemie-, Textil-, Braunkohle-, Werft- und Stahlindustrie in den neuen Bundesländern einleiten.
- 4. Mittels moderater Fördermaßnahmen des Bundes dringende ökologische und soziale Aufgabenbereiche über ABM anzukurbeln.

Kaum einer dieser Vorschläge wird von der Bundesregierung aufgegriffen. Welche über den Dingen stehende Selbstgefälligkeit muß da wohl wirken? Übrigens können Sie sich selbst trotz harscher Kritik an Oppositionellen keineswegs zweifelhafter Zahlenspiele enthalten. Wie Sie auf eine Aufwertung der DDR-Sparguthaben um 500 - 1000% kommen, bleibt mir ein Rätsel. Die alten Menschen bei uns, denen ein hoher Teil ihrer Sparguthaben auf die Hälfte gekürzt wurde, sehen das ganz anders. Für sie war der damals DDR-übliche Warenkorb gerechnet in DM/DDR-Mark etwa 1:1.

Die Wohnung kostete mit Heizung und Warmwasser ca. 1,40 M/m2, 1,5 kg Brot 0,78 M, ein Stück Butter 2,50 M, 1 Glas Bier im Lokal 0,51 M, ein Mittagessen zwischen 5,- und 10,- M.

Natürlich ein Farbfernseher 5.000,- M, ein "Wartburg" 30.000,- M usw., aber 5 oder 10:1?

Das können nur Ignoranten oder der Mathematik Unkundige errechnet haben

Wenn auf Betreiben des Kanzlers zu Gunsten der neuen Bundesländer Milliardenbeträge aus dem Bonner Haushalt freigestellt wurden, halte ich das nur für recht und billig.

Durch die Supergewinne BRD-Konzerne, Banken/Versicherungen und Handelsketten, die diese aus der schnellen Einheit zu Lasten des deutschen Ostens schindeten, sind ia wohl auch die entsprechenden Steuerströme geflossen. Seit der Wende machten die westdeutschen Wirtschaftsmultis 16 Mrd DM Zusatzprofite. In den alten Bundesländern konnten im gleichen Zeitraum ca. 2 Mio Arbeitsplätze auf Kosten der "lieben Brüder und Schwestern" der ehemaligen DDR neu geschaffen werden.

Ähnlich wie ich mich in meinem Brief an Frau Juri in das mir fremde Gebiet religiösen Glaubens begeben habe, schreiben Sie über Dinge, über die Sie keine ausreichenden Kenntnisse haben.

Der dialektische Materialismus, namentlich die durch Marx und Hege entwickelte Dialektik des Denkens, istheute kaum aus einem Wissenschaftszweig als Methode wissenschaftlicher Forschung wegzudenken.

Diese Lehre mit der Negation physischer und psychischer Werte des Menschen gleichzusetzen, ist schon eine besondere Ausdrucksform unwissenschaftlicher Ignoranz.

Nun auch das noch: Ja, "Herr Kohl ist bereit, Fehler zuzugeben".

Aber eben reichlich spät - als der Wählersack lange zu war und die Mißstände selbst in der eigenen CDU zu lautem Widerspruch führten.

Zum Schluß ein Hinweis:

Der deutsche Osten braucht viel weniger Besserwisser - es müssen Besserkönner her, Leute, die uns ehrlich helfen wollen und nicht moralisch und wirtschaftlich-sozial demontieren.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen einige Anregungen vermitteln und grüße Sie achtungsvoll.

Siegfried Dilk